

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Waisenstr. 6/8, und durch Postbesteller zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2,50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2,50, frei ins Haus M. 2,92, wo keine Post am Orte, M. 3,34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessante Beiträge über die einflussreiche Sozialpolitik oder deren Wurzeln. 25 Pfennige für Arbeitsmarkt, Betriebs- und Beschäftigungsfragen. 15 Pfennige. Nachdruckliche Interaktion 25 Pf. Interaktion für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 225.

Breslau, Dienstag, den 26. September 1911

22. Jahrgang.

Der Kampf gegen die Teuerung.

Nur ganz allmählich, ätzend und knurrend, legt sich die eingeregeltete Maschine der staatlichen wie der städtischen Verwaltung in Gang. Was bisher geschehen ist, um der Teuerung zu begegnen, das reicht gerade nur dazu aus, den Ernst des Notstandes zu beweisen und zu zeigen, daß in den Köpfen der leitenden Bureaukraten die Erkenntnis ihrer Pflicht aufzudämmern beginnt. Aber von wirklicher Pflichterfüllung, von ernstlichen wirksamen Maßnahmen zur Entlastung der Bevölkerung der breiten Massen ist man aber noch immer unendlich weit entfernt. Bliebe es bei dem bisher Erreichten, so könnte man sich des Eindruckes nicht erwehren, als wollten die Behörden bloß so tun, als ob etwas geschehe, während ihnen in Wirklichkeit überall dort, wo es auf entscheidende Daten ankommt, die Furcht vor dem Agrarier und dem Zwischenhandel den Arm lähmt.

Das bemerkenswerteste Ereignis der letzten Tage sind die vereinigten Bemühungen der Regierung und des Berliner Magistrats, der reichshauptstädtischen Bevölkerung den billigeren Bezug frischer Seefische zu ermöglichen. Der Bureaukratie wird ihr Vorgehen auf diesem Gebiete durch den glücklichen Umstand erleichtert, daß bereits „Präzedenzfälle“ vorliegen. Kommunale Einrichtungen zum billigen Bezug von Seefischen sind bereits aus Anlaß der vorliegenden Fleischnot von den Gemeinden Charlottenburg und Börsersdorf geschaffen worden. Durch diese Erfahrungen wurde der Reichsanwalt veranlaßt, einen Vertreter zum Berliner Oberbürgermeister zu schicken, um diesem die Herabsetzung der Frachttarife für Seefische anzufordern und die Einrichtung kommunaler Verkaufsstände anzurufen.

Es ist kein Ruhm für die liberale Stadtverwaltung Berlins, daß sie erst einer Anregung der preussischen Bureaukratie bedurfte, um dem so naheliegenden Beispiel ihrer Nachbargemeinden zu folgen. Immerhin ist soviel erreicht, daß die Markthallenverwaltung eine größere Anzahl von Verkaufsstellen für frische Seefische einrichten will, die unter ihrer Kontrolle von Unternehmern — also nicht von der Gemeinde selbst — betrieben werden sollen. Der Verkauf soll an zwei bis drei Tagen der Woche erfolgen und die Preise sollen 24 Stunden zuvor bekannt gegeben werden. Zu weiteren Schritten scheint man sich aber einstweilen nicht entschließen zu können, der Verkauf von Brot, Kartoffeln, Gemüse und Milch insbesondere, soll nicht auf kommunaler Grundlage organisiert werden, obwohl gerade in diesem Augenblick die Berliner Bevölkerung durch die angelegte Steigerung der Milchpreise um 2 Pf. pro Liter in nicht geringer Erregung versetzt wird. Ein Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, der „städtische Einrichtungen zur Versorgung Berlins mit Lebensmitteln verlangt, ist zwar der bestehenden „gemischten Deputation“ zur Bekämpfung der Lebensmittelnot überwiesen worden, doch scheint bei der Stadtverordnetenmehrheit wie beim Magistrat nur sehr geringe Neigung zu bestehen, in seinem Geiste zu verfahren.

Genosse Wurm hatte wahrscheinlich nicht unrecht, wenn er in der Debatte der Stadtverordnetenversammlung am letzten Donnerstag meinte, die Anregung des Reichsanwalters sei auf den Versuch zurückzuführen, den Jörn der Bevölkerung gegen die Grenzsperrn einzudämmen. Diese bestehen aber in ungemindertem Maße weiter fort, und ginge es nach den Wünschen unserer Agrarier, so hätten wir wohl auch schon längst zu den übrigen Völkern den Seefischzoll erhalten, der Weg zum besten Nahrungsmittel wäre dann eben auch gesperrt. In der Frachtwertbilligung für Seefische, Kartoffeln, frische Gemüse und Hülsenfrüchte, die die Regierung angeordnet hat, liegt aber schon ein prinzipielles Zugeständnis, daß es mit dem agrarischen System der Lebensmittelteuerung augenblicklich nicht mehr weiter geht. Die Beseitigung der Grenzsperrn läge nur in der Konsequenz dieses Verfahrens.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ wird zur Zeit in Regierungskreisen auch eine freilich nur sehr bedingte Milderung des Zollsystems erwogen. Der Maiszoll soll herabgesetzt, ein Ausfuhrverbot für Kartoffeln soll erlassen, und schließlich sollen auch die Einfuhrschemine eingeschränkt werden. Natürlich drängt sich sofort die Frage auf: Warum „ermägt“ man halbe Maßnahmen, statt ganz zu beschließen? Wollige Aufhebung des bestehenden Futtermittelzolls, Ausfuhrverbot nicht nur für Kartoffeln, sondern auch für Futter und Brotgetreide, gänzliche Beseitigung des ominösen Einfuhrscheminsystems?

Die Regierung bemüht sich, in einem langen Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nachzuweisen, daß die beschlossenen Tarifermäßigungen einen starken Einfluß auf die Preisbildung haben müßten. Dagegen ist zu bemerken, daß sich diese Ermäßigungen in der Hauptsache auf Futtermittel beziehen und daher, so sehr sie auch den Viehzüchtlern zu gönnen sind, in der Preisbildung nicht unmittelbar zum Ausdruck kommen. Am bedeutsamsten scheint uns an der

neuesten Regierungskundgebung die folgende Mitteilung zu sein:

Eine wichtige Neuerung hinsichtlich des Verandes aller Nahrungsmittel (Kartoffeln, Gemüse, Hülsenfrüchte und Seefische) besteht darin, daß zu den vorstehend bezeichneten weitgehenden allgemeinen Ermäßigungen noch eine weitere und zwar bei Seefischen von 20 Prozent, im übrigen von 15 Prozent dann hinzutritt, wenn die Sendungen an Gemeindebehörden, gemeinnützige Organisationen und gewerbliche Unternehmer gehen, die sie in Ausübung gemeinnütziger Tätigkeit oder an eigene Anstalten zu oder unter dem Selbstkostenpreise zum Selbstverbrauch abgeben. Diese Neuerung soll zu einem solchen gemeinnützigen Vorzugen der Gemeinden anregen und es fördern. Die besondere Ermäßigung ist so reichlich, daß sie die Einrichtungskosten wesentlich mindert, wenn nicht deckt oder gar übersteigt. Sie beträgt für den Doppelwagen (10 Tonnen) bei frischen Kartoffeln für die Stationsverbindung

Deutsch-Exlau-Dortmund	25,00 M.
Posen-Frankfurt a. M.	20,7
Neumünster-Eberfeld	15,0
Neumünster-Berlin	11,5
Belgard-Berlin	10,2
bei frischen Seefischen für die Stationsverbindung	
Seestemünde-Frankfurt a. M.	37,80 M.
Seestemünde-Magdeburg	27,50
Seestemünde-Berlin	29,00
Seestemünde-Breslau	44,00

Die Position der sozialdemokratischen Gemeindevertreter wird durch dieses Zugeständnis der Regierung wesentlich gestärkt werden. Mit seiner Hilfe wird es vielleicht doch möglich werden, die passive Resistenz der Gemeindeverwaltungen zu brechen. Wenn sich selbst die preussische Regierung genötigt sieht, zu „kommunalsozialistischen Experimenten“ zu ermuntern, so sollte eigentlich auch für die harthörigsten Magistrate ihre unbedingte Notwendigkeit erwiesen sein.

Trotzdem ist die größte Schwierigkeit im Kampfe gegen die Teuerung noch lange nicht überwunden. Sie besteht, wie schon öfter ausgeführt, darin, daß die Regierung den kommunalen Verwaltungen die Hauptlast der Verantwortung zuschiebt, während die kommunalen Verwaltungen umgekehrt verfahren. Die Regierung wünscht den kommunalen Lebensmittelvertrieb — im Sinne der sozialdemokratischen Forderungen — die Gemeinden wünschen die Aufhebung der Grenzsperrn — gleichfalls im Sinne der sozialdemokratischen Forderungen. Es besteht die Gefahr, daß bei diesem edlen Wettstreit, den andern sorgen zu lassen, jeder von beiden Seiten unterläßt, das Seinige zu tun und sich darauf beschränkt, sich auf den anderen anzureden. Bei der Bevölkerung steht es, in ihrem eigenen Interesse dafür zu sorgen, daß sowohl die Forderungen der Regierung an die Gemeinden, wie auch die Forderungen der Gemeinden restlose Erfüllung finden. Denn nur durch das Aneinandergreifen der auf beiden Seiten notwendigen Maßnahmen können wirklich fühlbare Erleichterungen erzielt werden. Geltingt es bei Aufhebung der Grenzsperrn den Vertrieb der wichtigsten Lebensmittel auf gemeindlicher Grundlage zu organisieren, dann wird man dem kommenden Winter immerhin mit verminderter Sorge entgegensehen können.

Vor allem harret die brennende Frage der Fleischversorgung noch ihrer Lösung. Hier ist es natürlich wieder die Regierung, die die größten Schwierigkeiten macht. Sie hat sich zwar in der Schweiz, in Oesterreich und in Italien nach den Erfahrungen erkundigt, die man dort mit dem argentinischen Gefrierfleisch gemacht hat, doch bezieht sie sich schon, erschreckt durch das Stirnrundeln der Agrarier, in einer offiziellen Korrespondenz folgende „beruhigende“ Erklärung abzugeben:

Die Reichsregierung erachtet es auch unabhängig von Ereignissen, die die heimische Lebensmittelversorgung ungünstig beeinflussen, stets für ihre Pflicht, sich über alle Erfahrungen, die in anderen Staaten auf dem Gebiete der Volksnahrung gemacht werden, dauernd auf dem laufenden zu halten. Aus solchen Anfragen Schlüsse auf etwaige geplante Maßnahmen zu ziehen, ist aus diesem Grunde nicht angängig.

Die Regierung überläßt also, abgesehen von einigen Frachtermäßigungen, die Hauptarbeit großmütig den Gemeinden und verlegt sich aufs Studieren. Sogar das Volk wird es sein, ihr in die Ohren zu schreien, daß die Zeit für Studien und Erwägungen vorüber und die Zeit für Taten gekommen ist.

Auf Grund einer Anregung unserer Genossen im Gemeindefolkium in P. hat der Magistrat in seiner letzten Sitzung beschlossen, eine Lebensmittelkommission zu schaffen, die die Fleisch- und Viehpreise ermitteln soll. Dieser Kommission gehören zwei Magistrats- und zwei Gemeindefolkiumsmitglieder an, ferner zwei Landwirte und zwei Viehhändler. Wichtiger war ein zweiter Beschluß des Magistrats in der zweiten Sitzung, der die Kartoffelvermittlung durch die Gemeinde betrifft. Sollten die Preise für die Kartoffeln, die hier pro Hund 7, 8 und 9 Pf. kosten, nicht bald zurückgehen, so soll der Kartoffelbezug durch die Stadt erfolgen. Zu diesem Zwecke bewilligte der Magistrat 5000 M. Der Magistrat will zuerst Offerten einholen und den Bedarf feststellen.

Der Verband deutscher Müller hat zur Beseitigung der Lebensmittelnot folgende Beschlüsse gefaßt:

In Anbetracht der gegenwärtigen Wirtschaftslage soll noch, falls an die zuständigen Behörden der Antrag gerichtet werden, alle Ausnahmetarife, auf Grund deren deutsche Getreide zu ermäßigten Preisen ins Ausland gefahren werden kann, aufzuheben, mindestens für die Dauer der Geltung des Notstandsartikels, um auch dadurch der Ausfuhr deutschen Getreides entgegenzuwirken, wenn andere Wege zu diesem Ziele versagen sollten, und bezüglich der Einfuhrschemine: a) Der Bundesrat soll gebeten werden, unter Milderung der heute geltenden Bestimmungen sofort zu verordnen, daß Einfuhrschemine, die für Ausfuhrgetreide erteilt sind, nicht mehr auf Zollgefälle für Kaffee und Petroleum angerechnet werden dürfen. In dieser Verordnung ist der Bundesrat allein (ohne Wirkung des Reichstages) berechtigt, und eine solche Bestimmung würde zur Folge haben, daß in einem nicht unerheblichen Umfang die Einfuhrschemine zur Wiederzufuhr von Getreide benutzt werden müßten. b) Der Reichsanwalt soll gebeten werden, dafür einzutreten, daß der Reichstag so bald als möglich einberufen und ihm der Entschluß eines Gesetzes vorgeschlagen werde, wonach 1. für die Ausfuhr gelangendes Getreide die Ausfuhrerlaubnis in Höhe des Zolls nur dann gewährt wird, wenn nachweislich für das betreffende Getreide Zoll entrichtet worden ist (wobei es nach einer besonderen Prüfung bedarf, ob, wie von einigen Seiten behauptet wird, die Wiederzufuhr des Identitätsnachweises für Brotgetreide zum Ausgleich eine Verabreichung der Getreideproben notwendig macht); 2. es darüber hinaus für die Geltungsdauer des gegenwärtigen Notstandsartikels verboten wird, Brotgetreide aus Deutschland auszuführen; sonst aber wenigstens 3. das Zolltarifgesetz dahin geändert wird, daß der Wert derjenigen Einfuhrschemine, die für Roggen erteilt sind, nur auf Zollgefälle für Roggen, der Wert derjenigen Einfuhrschemine, die für Weizen, nur für Zollgefälle für Weizen, und der Wert aller anderen Einfuhrschemine nur auf Brotgetreide angerechnet werden darf.

In Chemnitz brachte die sozialdemokratische Fraktion zur Domestikaalung des Stadtverordnetenkollegiums eine Interpellation ein: Was bedeutet der Rat angesichts der herrschenden allgemeinen Teuerung zu tun, um den großen Notstand unter der Chemnitzer Bevölkerung zu lindern?

Genosse Rostke begründete die Interpellation. Der Oberbürgermeister versicherte in seiner Antwort, daß der Rat um die Wohlfahrt der Einwohnerschaft angesichts der Teuerung sehr besorgt sei. Der Rat habe, nachdem er die schriftliche Interpellation der Sozialdemokratie erhalten, eine Eingabe an die Stadtregierung gemacht, worin er gebeten wird, seine Mittel unversucht zu lassen, gegen die Dauer der Preissteigerung vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen. Rostke zu schaffen, sei Sache der Regierung. Doch wolle der Rat fortgesetzt prüfen, was zu tun sei. Alle bürokratischen Redner waren darin einer Meinung, daß etwas zur Abhilfe geschehen müsse. Die sozialdemokratischen Anregungen aber gingen ihnen zu weit.

Allgemeine Beurteilung fand das System der Einfuhrschemine. Der Rat wurde beauftragt, dem Kollegium in der nächsten Sitzung geeignete Vorschläge zur Beseitigung des Notstandes zu machen.

Die Notstandsanträge unserer sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in Dresden bezeugen bei der Beratung nur einem geringen sozialen Verständnis der bürgerlichen Mehrheit und des Stadtrates. Abgelehnt wurde die Forderung an die Reichsregierung auf Aufhebung der Zölle auf Nahrungsmittel, auf Öffnung der Grenzen zur Einfuhr von Weizen und die Aufhebung der Einfuhrschemine. Angenommen wurde lediglich ein Antrag unserer Fraktion, für die armen Familien, die durch die Teuerung in Notstand geraten sind, außerordentliche Unterstützungen auszuwerfen.

Weiter wurde ein nationalliberaler Antrag angenommen, der die Beschränkung der Einfuhrschemine dahingehend befürwortete, daß sie nicht angewandt werden können auf Kaffee und Petroleum. Ihre Gültigkeitsdauer soll auf drei Monate beschränkt werden. Gegen unsere Anträge hatte sich besonders der Oberbürgermeister Dr. Ventler ausgesprochen, der sie für aussichtslos erklärte. Auch die Vertreter der Konservativen, und besonders der nationalliberale Dr. Stresemann, bekämpften dieselben.

Die Anträge unserer Fraktion, die auf die Abänderung der Wohnungsnot in Dresden hinzuliefen, wurden einem Ausschuss zur Vorberatung überwiesen.

Politische Uebersicht.

Amtsmißbrauch.

Die Fälle von Amtsmißbrauch, die von schlesischen Ortsgewaltigen gegen Staatsbürger verübt werden, die ihr Recht auf Versammlungen wahrnehmen, reizen nicht ab. Dieser Tage wurde uns wieder ein besonders krasser Fall mitgeteilt, der demnächst auch die Justizbehörden und die Gerichte beschäftigen wird. Für Sonnabend, den 16. September, war im Restaurant „Livoli“ in Brinkendorf bei Liegnitz eine öffentliche politische Versammlung angemeldet und die Genossen richteten sich ohne Bedenken auf das Meeting ein, da der Wirt versprochen hatte, seinen Saal unter allen Umständen zur Verfügung zu stellen. Aber siehe da: zwei Tage vor der Versammlung erreichte unseren Genossen Bohner folgender Schreibbrief:

Herrn Maurer Bohner, Liegnitz.

Sie haben heute eine politische Versammlung für Sonntagabend, den 16. d. M., abends 8 Uhr, im „Livoli“ angemeldet, ich habe inzwischen festgestellt, daß Herr Riefewetter kein Lokal dazu nicht hergeben wird. Sie wollen mir daher mitteilen, in welchem Lokal Sie hier tagen wollen.

Der Amtsvorsteher, M. Riefewetter.

Da es den Herrn Amtsvorsteher gar nichts angeht, ob Herr Riefewetter den Saal hergibt oder nicht, da er nur die Versammlungsanmeldung zu bescheinigen hat und weiter nichts, bezogen sich unsere Genossen zu Herrn Riefewetter und sandten dort zu ihrer Ueberzeugung folgenden Brief des selben Herrn Amtsvorstehers Riefewetter vor:

Wie ich erfahre, wollen Sie Ihr Lokal zu sozialdemo-
kratischen Versammlungen hergeben, sollten Sie das wirklich
tun, so wäre dann das Licht zwischen uns für immer
dunkel, irgend welche Rücksichtnahme oder Unter-
stützung meinerseits hätten Sie dann in keinem Falle
mehr zu erwarten, Sie wollen also wählen zwischen mir
und den Sozialisten.

Ergebnis
M. Leuschner.

So stellt also Herr Amtsvorsteher „Lindt“, daß der Gast-
wirt seinen Saal zu Versammlungen nicht hergibt. Natur-
lich hat sich der tapfere Herr gleich ins Maulschloß ver-
krochen, als er zwischen Herrn Leuschner und den „Sozial-
isten“ wählen sollte. Herr Leuschner hat die Versammlung zu-
schanden gemacht.

Wenn er sich also über diesen Erfolg im stillen
Herzengämmerlein freuen sollte, so mag er nicht zu früh
triumphieren. Sein Brief ist noch nicht das Ende vom
Lied. Das wird weiter gelingen. Nach den klaren Er-
läuterungen des damaligen Ministers des Innern, jetzigen
Ministerpräsidenten v. Bethmann-Hollweg, bei der Beratung
des Reichsvereinsgesetzes ist dieses Vorgehen des Amtsvor-
stehers ein glatter, strafbarer Amtsmißbrauch
und da wir auf die Beachtung der Gesetze in solchen Fällen
ebenso peinlich achten als sonst Amtsvorsteher auf uns,
werden wir uns über das Weitere also beim Herrn Staats-
anwalt und beim Regierungspräsidenten sprechen, auch ein
wenig im Reichstag!

Ein tenebrö Diner.

Herr Cambon, Frau Cambon und Fräulein Cambon
haben sich am Sonnabend die Ehre gegeben, bei Herrn
v. Riberlen-Wächter das Diner einzunehmen.
Europa atmet erleichtert auf. Man hat also den abge-
schlossenen Marokkohaandel, dessen Ergebnisse der Welt noch
vorenthalten werden, in aller Gemütsruhe begossen und
singt aus voller Kehle: „Wir sitzen so frohlich beisammen
und haben einander so lieb!“ Es gibt keinen Krieg mehr,
keine Kriegsvorbereitungen, kein Kriegsgeschrei, keine
Kriegspanik an der Börse und keine Kriegspatrole für die
Wahlen. Mit Braten und Sekt ward ein „fait accompli“
geschaffen. Der Friede ist gesichert!

Das Volk ist zufrieden, und mag es auch am Sonn-
abend in der Wilhelmstraße hoch hergegangen sein, die
Rechnung wird gerne bezahlt. Es ist immerhin gut, daß
die Marokkoaffäre nur einigen Hühnern das Leben gekostet
hat und daß nur ein paar Flaschen Wein der Hals
gebrochen ist. Aber, die Frage drängt sich auf, hätte das
Diner nicht mit erheblichen geringeren Kosten schon vor ein
paar Monaten hergestellt werden können? Welche wirt-
schaftlichen Schäden, wie viel moralische Verwüstungen sind
in dieser Zeit angerichtet worden? Und was hat man
auf solchen Um- und Abwegen schließlich erreicht?

Noch ist die „Surprise“, die Ueberraschung, mit der
man nach alter Sitte vornehme Diners zu schließen
pflegte, nicht aufgetragen, aber jodelnd von den Küchen-
geheimnissen der Diplomatie ist mittlerweile doch in die
Öffentlichkeit durchgedrungen, daß man ungefähre weiß, wel-
cher Schlag auf dem Boden der Politik ruht. Für Frank-
reich das marokkanische Protektorat, für Deutschland Zu-
sicherung der wirtschaftlichen Freiheit in Marokko und ein
Stück Congo. Wachte, um dieses Ziel zu erreichen und
zum Friedediner zu kommen, erst der Pater nach Aga-
dit gefandt, in unerschütterlicher Weise mit kriegerischen Ver-
wickelungen gedroht werden? Wozu ist der ganze Lärm
nun eigentlich gewesen?!

Darüber wird ja noch mit größter Ausführlichkeit
gesprochen werden müssen. Für heute genügt es festzu-
stellen, daß sich am Tage nach dem Diner nicht nur Herr,
Frau und Fräulein Cambon, sondern auch das deutsche
und das französische Volk in ganz angenehmer Stimmung
befanden. Nur bei den Alldeutschen sitzt der Kater auf
dem Dach und jähret.

Neben den sachlichen Verlauf der letzten Verhandlungen
unterrichten folgende Meldungen:
„Der französische Minister hat die Antwort des Ministers
de Selbe auf die letzten Vorschläge aufgegeben. Diese Antwort
stimmt nicht nur in allen wesentlichen Punkten, sondern auch
in den meisten Einzelheiten mit den deutschen Forder-
ungen überein. Sie gibt nur der Fassung der Artikel,
die sich auf Verbleibenden Berechnungen sowie auf die Verhält-
nisse der Schutzbestimmungen und auf die Konjunkturalgerichtsbarkeit
beziehen, größere Genauigkeit und Klarheit. Auch werden die
Bestimmungen, die für die Übergangszeit zwischen dem Ab-
schluß des Marokko-Vertrages und der zu erlangenden Zusim-
mung der Algerias-Vertragsmächte zu den Änderungen des
Vertrages gelten werden, besonders sorgfältig stilisiert, damit
sich aus dieser Quelle keine neuen Mißverständnisse ergeben. Die
französische Regierung hat die bestimmte Hoffnung, daß die
deutsche Reichsregierung nunmehr dieser Fassung in allen Pun-
kten zustimmen wird.“

Eine französische offizielle Meldung besagt hierzu noch:
„Minister des Inneren de Selbe hat durch den Minister-
rat bei den noch strittigen Punkten die Fassung gewisser For-
meln genehmigen lassen, die sich ein wenig von dem in Berlin
festgelegten Wortlaut unterscheiden, sich aber an die allgemeinen
Gesichtspunkte halten, über die Staatssekretär v. Riberlen-Wäch-
ter und Reichskammerpräsident Schiffer bei ihrer letzten Unterredung
geeinigt haben. De Selbe schlägt einen neuen Text für die
Kontrolle vor, die Frankreich für den Vergleich und die Ver-
fahrensmittel annimmt. Man hofft, daß diese Verschiedenheiten
sich ziemlich leicht ausgleichen lassen werden.“

Der Reichsverband macht mobil!

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie eröffnet
seinen Wahlkampf durch massenhafte Postverteilung zweier
Flugblätter, von denen das eine eine Art Rechenschafts-
bericht darstellt, während sich das zweite mit den bekannten
demagogischen Unwahrheiten gegen die Sozialdemokratie
wendet. Im Rechenschaftsbericht wird angegeben, daß die
Geschäftsaussichten für die kommende Wahl außerst un-
günstig sind. Darüber wird ausgeführt:

So ungünstig im nationalen Interesse auch die Auf-
hebung der Gemeinbürgerschaft der bürgerlichen Parteien in den
beiden Jahren 1909 und 1910 als erschwerendes Element im
Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu bewerten ist, für den
Reichsverband gegen die Sozialdemokratie muß diese be-
klagenswerte Erscheinung eher ein Ansporn sein, die
vaterländischen Kräfte immer wieder zu sammeln und sie
tauglich zu machen zum letzten Entscheidungskampfe, der dem
deutschen Volke erst noch bevorsteht. Mögen auch hier und da
draußen im Lande vereinzelt Stimmen laut geworden sein,
daß bei der augenblicklichen Begrenztheit zwischen den ein-
zelnen bürgerlichen Parteien und bei der Zerrissen-
heit des deutschen Bürgertums der Reichs-
verband bei den nächsten Wahlen werde Gerecht bei Fuß
stehen müssen, in der Ausschussung selbst, wo die be-
rufenen Vertreter der Organisation des Reichsverbandes und
anderer vaterländischer Verbände mit gleichen Zielen gemein-
sam über die zukünftige politische Arbeit zu beraten haben,
herrliche fröhlicher Kampfesmut und nur eine Stimme, daß
der Reichsverband als ausgesprochene Kampfsorganisation
gegen die internationale Sozialdemokratie auch dann nicht
rücken dürfe, wenn die politischen Verhältnisse, vor allem die
Veränderung innerhalb der staatsrechtlichen Parteien eine
weniger günstige Plattform für den bevorstehenden
Wahlkampf abgeben, als das im Jahre 1906/07 der Fall
gemein ist.

Zu den Wahlen soll eine Wahlkorrespondenz heraus-
gegeben werden, die wöchentlich mehrmals erscheinen und den
Blättern unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden soll.
Von welcher Art die „Aufklärung“ ist, die in dieser Kor-
respondenz betrieben werden soll, davon gibt das gleichzeitig
veröffentlichte Marokkohaandelblatt des Reichsverbandes gleich eine
nette Probe. Es gipfelt in folgenden Behauptungen:

Je mehr Sozialdemokratie, desto schwächer
sind wir dem Auslande gegenüber, desto weniger werden wir
unser Lebensinteressen in der Weltwirtschaft wahrnehmen
können, desto eher wird es das Ausland auf einen Krieg mit
Deutschland ankommen lassen, desto größer also die
Kriegsgefahr.

Je weniger Sozialdemokratie, desto stärker
sind wir dem Auslande gegenüber, desto mehr werden wir
unser berechtigten Ansprüche erfolgreich in der Weltpolitik
durchsetzen können, desto weniger wird das Ausland geneigt
sein, es auf einen Waffengang mit dem in nationalen Fragen
einigen und von patriotischer Begeisterung getragenen Deutsch-
land ankommen zu lassen, desto geistlicher also der
Friede!

So schreibt derselbe Reichsverband, dessen Hauptorgan,
die „Post“, das Leitblatt seines Vorsitzenden v. Liebert, den
Kaiser einen polternden Draufgänger nannte, weil er wegen

Marokko nicht vom Leder jagt, und das ein paar Monate
zuvor versichert hatte, nur durch Anzetteln eines
europäischen Krieges könnten die Wahlausichten
gegenüber der Sozialdemokratie verbessert werden!

Die Kuverts, in denen die neuesten Nachwerke zur Ver-
sendung gelangen, sind in marktschreierischer Manier „patrio-
tisch“ verziert, tragen aber bezeichnender Weise nicht die
Firma des Abenders. „Diskret“, wie die Anpreisung gewis-
siger Artikel oder „pikanter Herrenlektüre“ drängen sich
diese politischen Unsauberkeiten durch die Türspalte. Tragen
sie die Adresse des Abenders, so würden sie ja in neun von
zehn Fällen uneröffnet in den Papierkorb fliegen!

Eine Spaltung des Zentrums steht im Reichs-
tagswahlkreise Vorken-Reddinghausen bevor. Dort
ist im Jahre 1907 der Vorsitzende des Gesamtverbandes
der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Schiffer mit
35 295 Stimmen gegen 11 415 sozialdemokratische, 6588
nationalliberale und 5507 politische Stimmen gewählt worden.
Schiffer ist auch für die bevorstehenden Neuwahlen von der
Zentrumsleitung aufgestellt worden, obgleich den Vertrauens-
männern bekannt war, daß bei den Mittelständlern
innerhalb der Partei eine starke Strömung gegen die Kan-
didatur Schiffers herrsche.

Da auf die Wünsche dieser Zentrumsmitglieder keine
Rücksicht genommen wurde, hatte das, wie uns aus dem Wahl-
kreise geschrieben wird, zur Folge, daß die Mittelständler offen
gegen die offizielle Kandidatur Stellung nahmen. In Vorken,
dem zweitgrößten Ort des Wahlkreises, wurde eine Versammlungs-
ung von wachsenden Zentrumsleuten des Mittelstandes ein-
berufen, die außerordentlich stark und fast ausnahms-
los von Zentrumsanhängern besucht war. Hier wurde nur
entschieden gegen die Kandidatur Schiffers Stellung
genommen, insbesondere wurde dem Kandidaten wie auch
der Gesamtpartei die zweifelhafte Stellung in der
Konsumvereinsfrage um, vorgeworfen. Zu dem
Kandidaten könne man kein Vertrauen haben, man wolle ihm
aber schriftlich verschiedene Fragen vorlegen, und wenn er sich
schon nicht verpflichtet, für diese Fragen im Parlament
einzutreten, würde man ihm die Stimme geben, sonst nicht.
Schiffer hat die Beantwortung dieser Fragen kurz und bündig
abgelehnt und sich in einer späteren Gewerkschaftsversammlung
in Vorken über die „Spießbürger“ lustig gemacht.
Die Folge davon ist, daß sich die Partei in dem Wahlkreise
Mittelständler haben sich mit den übrigen Mittelstandsver-
einigungen des Wahlkreises in Verbindung gesetzt, um entweder
die Zurückziehung der Kandidatur Schiffer zu erreichen, oder
aber einen Gegenkandidaten aufzustellen. Auf diese
Weise gelingt es vielleicht, das Zentrum in eine Stichwahl zu
bringen.

Man erinnere sich, daß kürzlich die „Köln. Volkszeitung“
davor gewarnt hat, daß die Zentrumsmitglieder zu großen
Wert auf einzelne wirtschaftliche Fragen legen und, falls
ein Kandidat diese nicht in ihrem Sinne beantwortet, ihm
ihre Stimme nicht geben wollen.

Die Wirkungen der Tabaksteuer im zweiten Jahre des Bestehens der Finanzreform schildert sachkundig die Han- delkammer in Lahr i. B. in ihrem sechsten erschienenen Bericht. Da heißt es u. a.:

„Das Jahr 1910 stand vollständig unter dem Einfluß der
im vorigen Jahre eingeführten Neubelastung des Tabaks durch
die Wertsteuer. Die schädlichen Folgen dieses Systems und über-
haupt der Mehrbelastung des Tabaks sind in weit stärkerer
Maße, als selbst die größten pessimisten geglaubt haben, in Er-
scheinung getreten. Es hat sich gezeigt, daß die Voraussetzungen
der Branche die richtigen waren, und daß die Regierung und
der Reichstag ein schweres Unrecht darin taten, diesen Voraus-
setzungen keinen Glauben zu schenken. Nachdem das Geschäft Ende
des vorigen Jahres, wie alljährlich um die Weihnachtszeit, sich
etwas gehoben hatte, trat anfangs des vorigen Jahres ein voll-
ständiger Stillstand ein. Eine Abwärtsentwicklung schlimmerer Art
machte sich bemerkbar. Die Zafache bleibt bestehen, daß durch
die Mehrbelastung ein Minderkonsum eingetreten ist, teilweise
dadurch, daß der Raucher sich in seinem Verbrauch einchränkte,
teilweise dadurch, daß derselbe zu der Pfeife oder auch in stärkerem
Maße zu der billigen Zigarette übergegangen ist. Ende des
Jahres 1909 hatten die Fabrikanten noch gehofft, ohne Arbeits-
einschränkungen auszukommen. Als sich aber Anfang dieses
Jahres, also 1910, die Lager der Fabrikanten immer mehr füllten,
mühten in fast allen größeren Betrieben größere oder geringere
Arbeiterentlassungen stattfinden.“

Die weltberühmte Lehrer Schnupftabakfabrik Lohbed u.
Co. äußerte sich über das Zurückgehen des Konsums in
gleicher Weise. Wie es unter solchen Umständen in der Ar-

Die letzten Tage von Pompeji.

Von E. Bulwer.

22) „Climbus ließ den Apocides nicht so leicht fort. Er holte
ihn ein und redete ihn an, wie folgt: „Ich wundere mich nicht,
Apocides, daß meine Gegenwart dir unangenehm ist, daß ich
dein Gemüt erschüttere, daß du darstellst im Zweifel, daß du
auf dem weiten Ozean der Ungewißheit nach der Finsternis ein-
vertreibst. Dies alles beunruhigt mich nicht, doch habe etwas
aus mir, was ich be- und be- — die Dunkelheit wird ver-
schwimmen, der Sturm sich legen, und Gott selbst wird, wie er
sitzt die See von Samaria beruhigte, waschen über den empör-
ten Bogen, um deine Seele zu retten. Unser Glaube ist freige-
ben in seinen Forderungen, aber wie freigegeben in seinem Segen!
Die Sonnenstrahlen einer Stunde werden belohnt durch das ewige
Leben.“

„Solche Versprechungen“, sagte Apocides mit heftigem
Tone, „sind jene Spiegelgeschichten, durch welche die Menschen
von jeder Gefahr abgelenkt werden. O, wie herrlich waren die Sa-
gen, die mich in den Tempel der Isis führten.“

„Frage Deine Vermählung“, entgegnete der Kasaner, „kann
jense Religion die wahre sein, die alle Götter vereint? Man
gehört Euch, Eure Götter zu verehren. Wer sind diese Götter,
die Euren eigenen Göttern überlegen sind? Die Handwerker sind,
welche die Beweise ihrer Göttheit? Werden sie Euch nicht alle
wie die schwärzlichen Verbrecher darzustellen? — Und doch verlangt
man, daß ihr sie wie die heiligsten Götter anbetet! —
Selbst Jupiter ist ein Verbrecher und ein Ehebrecher. Und
die geringsten Götter, sind sie nicht bloß Nachahmer seiner Un-
tugend? Man unterjagt Euch den Nord, aber ihr betet
Norden an; ihr sollt nicht ehelichen, aber ihr richtet Eure
Götter an einen Ehebrecher. Hört dies nicht Spott mit dem
Heiligsten des Menschen, mit dem Glauben, treiben? Wendet
Dich lieber zu dem einen und wahren Gott, vor dessen Altar
ich Dich führen will. Scheint er Dir zu erhaben, zu weislosig
für die menschliche Fassungskraft, die ruhende Sehnsucht des Ge-
hirns nach seinem Schöpfer, welcher das schwache Herz sich
hängt! — So komme ich an in seinem Hause, der ein her-
licher Mensch wurde wie wir. Seine Sterblichkeit zeigte sich aber
nicht, wie die Götter selbst, durch die Hände der Engel ma-
chen kann, sondern durch die Kasabana aller Augen. Ka-

um war die strengste Stillschließung mit der äußersten Enktheit
bereinigt. Wäre er auch nur ein Mensch, so hätte er verdient,
ein Gott zu werden. Ihr eht den Sokrates — er hat keine
Anhängen und keine Schüler. Was sind aber die zweideutigen
Augen des Apocides gegen die unerbittliche, sich selbst hin-
gebende Stillschließung Christi? — Ich spreche jetzt bloß von sei-
nem Charakter als Mensch mit Dir. Er kam zu uns als das
Zeugnis für künftige Jahrhunderte, um uns die Mensch gewor-
dene Tugend darzustellen, wie Plato sie zu schauen brachte.
Dieses ist das wahre Opfer, welches er den Menschen brachte;
der Jüdel aber, der in seiner Todesstunde erschallte, verkörperte
nicht allein die Erde, sondern gesteuerte uns auch einen Bild
in den Himmel — Du bist gerührt — Du fühlst Dich be-
reitet! Gott wirkt in Deinem Herzen; — sein Geist ist mit Dir!
— Komme, erziehe Dich nicht dem heiligen Anrechte, komm gleich
— zaudere nicht länger! Es sind einige der Unrigen jetzt ver-
sammelt, um das Wort Gottes anzuhören. Laß mich Dein Füh-
rer sein zu ihnen. Du bist müde, Du bist müde. So höre
dann auf die Worte Gottes. Komme her zu mir, sagt er, alle,
die ihr müde seid und beladen seid, ich will euch erquicken.“

„Ich kann jetzt nicht“, sagte Apocides, „ein andermal.“
„Jetzt — jetzt“ — rief Apocides und zog ihn am Arm.
Apocides aber, noch nicht vorbereitet auf die Entfaltung
jenes Glaubens — jenes Lebens, für die er so viel aufgespart
hätte, und den Anforderungen des Heiligtums noch trauernd, ent-
setzte sich gewaltig, und da er eine Ausrede für nötig hielt,
um die Unmöglichkeit zu überwinden, welche die Bedrückung
des Christen in seinem erhitzen feierhaften Gehirn erregt
hätte, so sprach er kein Wort zurück und ließ so schnell, daß er
nicht mehr einzuhaken war.

„Amen und Amen“ gelangte er endlich in einen eisernen
Tür und einmaueren Teil der Stadt, und des düstern Gaus des
Kaisers stand vor ihm. Als er, um sich zu erholen, stehen
ließ, trat der Nord hinter einer silbernen Wolke hervor und
ließ seinen Fuß auf die Mauer jensei geheimnisvollen Gebäudes.
Sein anderes Haus stand in der Nähe; es wurde durch
die Neben eines hohen Weinroßs umschattet, und hinter demsel-
ben erhob sich eine Gruppe hoher Palmbäume, die das melan-
cholische Rundlicht bestrahlte; weiterhin sah man die entfernteren
Berge, und unter ihnen den Pelos, der damals noch nicht so
hoch war, als der Donberger jetzt ihn ist.

Apocides trat in den breiten und geräumigen Saal eines
ein. Vor ihm, zu beiden Seiten der Treppe, ruhte das Stim-
bild einer göttlichen Ebnung, und das Rundlicht erhobte den

feierlichen Eindruck jener harmonischen und leidenschaftslosen
Büge, in denen die Künstler, welche jenes Sinnbild der Weis-
heit darstellten, das Symbol der Schönheit und des Geheimnis-
vollen zu vereinen suchten. — Witten auf den Stufen standen
Kloppstangen mit ihren dicken und dunkelgrünen Blättern, und
der Schatten der morgenländischen Palme malte ihre langen und
regungslosen Zweige auf den marmornen Boden.

Es lag etwas in der Einsamkeit des Ortes und dem eigen-
tümlichen Anblick der Ebnung, welches das Blut des Priesters
in unheimlicher Furcht erstarren ließ, und er lehnte sich selbst
nach einem Echo, als er die Stufen hinunterstieg.

Er klopfte an die Türe, über welcher eine Inschrift, in
Charakteren, die ihm unbekannt waren, sich befand. Sie wurde
geöffnet und eine schlanke äthiopische Skabin trat ihm, ohne
Frage oder Gruß, einzutreten.

Die geräumige Halle war durch hohe, kunstreich gearbeitete
Kandelaber von Bronze erleuchtet, und die Wände waren mit
großen Hieroglyphen in dunklen Farben bemalt, welche einen
seltsamen Gegenstand zu den amnestigen und glänzenden Gemäl-
den bildeten, die man gewöhnlich in den Häusern der bamali-
gen Italiener fand. Am Ende der Halle empfing ihn eine
Skabin, deren Gesichtsfarbe, wenn auch nicht afrikanisch, doch
um einige Schattungen dunkler war als die der Römer.

„Ich suche Ardaces“, sagte der Priester mit zitterndem
Stimme. Die Skabin nickte schweigend mit dem Kopfe und
führte Apocides durch einen Gang des Gebäudes eine schmale
Treppe hinauf. Darauf gingen sie noch durch mehrere Zimmer,
in denen die ehrwürdige und gedankensvolle Schönheit der Ebnung
wieder die Augen des Priesters besonders auf sich zog, und jetzt
stand er in einem schwach erleuchteten Zimmer vor dem Ägypter.

Ardaces saß vor einem kleinen Tisch, auf dem mehrere
Papyrusrollen lagen, mit ähnlichen Buchstaben beschrifteten, als
die in der Inschrift über der Haustür. Umwett davon stand
ein kleiner Dreifuß, aus dem sich der Weihrauchgeruch langsam
erhob. Daneben war ein großer Globus mit den Sternens-
zeichen aufgestellt, und auf einem anderen Tische lagen mehrere
eigenartig geformte Instrumente, deren Gebrauch Apocides un-
bekannt war. Die andere Seite des Zimmers besaß ein Vor-
hang, und durch ein längliches Fenster in der Decke drangen
die Strahlen des Mondes, sich mit denen der einzigen Lampe
vermischend, die in der Mitte des Zimmers höher brannte.

„Setz Dich, Apocides“, sagte der Ägypter, ohne auf-
zusehen.
„Er junge Mann gehorcht.“ (Fortsetzung folgt)

betterschaft der in Frage kommenden Branchen ausbleibt, das braucht nicht erst das Längen und Breiten auseinandergelegt zu werden.

Mittelständler-Vereinigung. In Dresden wurde ein Verband des reichsdeutschen Mittelstandes gegründet. Nach dem angenommenen Statutenentwurf soll er einen möglichst vollständigen Zusammenschluß aller mittelständlerischen Körperschaften zur Wahrung der Berufs- und Standesinteressen unter Ausschluß parteipolitischer Bestrebungen sein. Als parteipolitische Bestrebungen gelten aber nicht Aufklärungen und Besprechungen über parlamentarische Verhandlungen, über Gesetzesvorlagen wirtschaftlicher Natur und über die Stellung der einzelnen politischen Parteien zu einander.

Die neue Mittelstandsvereinigung soll das Gebilde sein, das reaktionäre Wirtschaftspolitiker schon lange erstreben, um die Handwerker für ihre Zwecke einzufangen. Daß die vorgeschobene Neutralität nur ein sehr fadencheiniges Mäntelchen ist, und den wirklichen Charakter der neuen Vereinigung nicht zu verhallen vermag, beweist die Festlegung, die dem Paktus von der nichtparteipolitischen Betätigung gegeben wurde.

Das amtliche Resultat von Düsseldorf.

Die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses durch den Wahlkommissar ergab nur geringfügige Abweichungen von den bekannten Ziffern. Es wurden insgesamt 70.406 Stimmen abgegeben, davon gültig 70.175, ungültig 231. Oberland (Soz.) erhielt 24.071, Herzlich (Zentrum) 29.291, Doktor Breitscheid (Dem.) 3315, Herkenrath (Kons.) 3148 und Haeckel (Soz.) 320, zerstückelt waren 21 Stimmen. Ein Einspruch gegen die Gültigkeit der Stimmzettel Dr. Breitscheids wegen Fehlens des Wohnorts war nicht eingelegt, weil Zweifel über die Persönlichkeit ausgingen waren. Die Stichwahl wurde amtlich auf den 29. September festgesetzt.

Im „Tag“ macht Herr Julius Wagem in Köln bereits ein detailliertes Angebot für den Subhandel mit den National-Liberalen. Er bezeichnet die Düsseldorfer Wahl als „Probewahl“ und schließt drohend:

„Nebenfalls haben bei der bevorstehenden Stichwahl die National-Liberalen die Entscheidung. In einer klaren und unmissverständlichen Stellungnahme werden sie nicht vorbeikommen, und diese Stellungnahme wird von der größten Bedeutung für den Ausfall nicht nur der Düsseldorfer Wahl sein. Wird in Düsseldorf die Sozialdemokratie von den National-Liberalen direkt oder indirekt unterstützt, so ist anzunehmen, daß ein Gleiches in Köln und Essen geschieht, wo die Verhältnisse ähnlich liegen wie in Düsseldorf. Dann wäre damit zu rechnen, daß diese drei Großstädte, welche bisher im Besitze des Zentrums waren, der Sozialdemokratie zufallen. Aber die Düsseldorfer Entscheidung wird eine viel größere Tragweite haben; es wird dort auch über Duisburg, Bochum und Dortmund mitentschieden, welche heute im Besitze der Sozialdemokratie sind. Geben die National-Liberalen in Düsseldorf direkt oder indirekt zugunsten der Sozialdemokratie den Ausschlag, so verbleiben Duisburg, Bochum und Dortmund, wo die Zentrumspartei die Entscheidung zwischen Liberalen und Sozialdemokraten ganz und gar in der Hand hat, der Sozialdemokratie. Und es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß die Überantwortung von Düsseldorf an die Sozialdemokratie mit national-liberaler Unterstützung ihren Schatten auch noch auf andere Wahlkreise werfen würde.“

Die Entscheidung der National-Liberalen in Düsseldorf ist also eine sehr verantwortungsvolle. Bei den Wahlen im Jahre 1907 waren Verhandlungen im Gange, welche darauf abzielten, Köln, Düsseldorf und Essen unter allen Umständen dem Zentrum, dagegen Duisburg, Bochum und Dortmund den National-Liberalen zu sichern. Der Abschluß eines Wahlabkommens auf dieser Grundlage scheiterte an dem Widerpruch der Kölner Jungliberalen, welche Köln schon damals der Sozialdemokratie in die Hände spielen wollten. Köln und auch Düsseldorf und Essen verblieben trotzdem dem Zentrum, da zahlreiche Rechtsnational-Liberale dem Jungliberalismus nicht folgten. Die bevorstehende Stichwahl in Düsseldorf wird daher auch zeigen, wie die Verhältnisse innerhalb des National-Liberalismus sich verschoben haben. Also eine bedeutungsvolle Probewahl unter verschiedenen Gesichtspunkten!

Die Herrschaften werden sich beeilen müssen, wenn sie das saubere Geschäft in den nächsten 4 Tagen noch zustandebringen wollen — schon am 29. September ist die Stichwahl.

Wieder einmal sozialdemokratische Krankenkassen-Miswirtschaft. In der Sache gegen die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen glaubte auch die „Tremontia“, das bekannte Dortmunder Zentrumsblatt, sein Teil beitragen zu müssen. In einer Wochenplauderei wurde auch der Vorstand der Dortmunder Ortskrankenkasse angegriffen und von sozialdemokratischer Miswirtschaft geredet. Die sozialdemokratischen Vorstandsmitglieder und der Vorsitzende der Kasse strengten Klage gegen das Blatt an. Es dauerte lange, ehe die Sache zum Abschluß kommen konnte. Der Angeklagte, Redakteur Spanla, machte immer wieder Ausflüchte. Schließlich suchte er sich zu retten mit der Angabe, Lambert Lenzing, der Verleger des Blattes, sei der Verfasser und er selbst sei, als der Artikel erschien, verreist gewesen.

In der Verweisaufnahme erklärten zwei bürgerliche Unternehmern, die dem Vorstand angehörten, die Behauptung der „Tremontia“ sei unwahr. Es sei keinerlei Miswirtschaft ge-

trieben worden. Ja, die sozialdemokratischen Mitglieder des Vorstandes hätten mehr getan als ihre Pflicht, um das Interesse der Kasse zu fördern.

Das Gericht kam zur Verurteilung des angeklagten Redakteurs. Es wurde auf 100 Mark Geldstrafe event. 20 Tage Gefängnis und Publikationsverbot erkannt.

Ein Geld und ein Herz. Vor dem Schöffengericht in Verden a. d. Aller fand am Freitag ein Beleidigungsprozess statt, der mehrere politische Kreise interessierte, da es sich um den von der national-liberalen Partei seinerzeit abgeschickten Reichstagsabgeordneten Geld dreht. Herr Geld vertrat bekanntlich den 6. Hannoverschen Reichstagswahlkreis und gehörte auch dem Vorstand der national-liberalen Partei dort an. In einem Privatklageverfahren hatte die Strafkammer Hannover festgestellt, daß Geld mit dem bekannten Ter Linden die „unter seinen Standesgenossen mit Recht verdornten Wechselreiterereien getrieben“ habe, daß er zur Täuschung der Wähler den von ihm ausgestellten Wechseln den Anschein von Warenwechseln dadurch gegeben habe, daß er sie nicht auf runde Summen ausstellte, so daß die Wähler den Eindruck gewinnen mußten, daß die Wechsel tatsächlich zur Begahlung von Warenlieferungen gegeben waren. „daß er vor dem kühnsten verwerflichen Verbrechen einer Fälschung seines Hauptbuches nicht zurückgeschreckt ist“. Die Strafkammer hat ferner festgestellt, daß er sich eines Erpressungsversuches im Sinne des § 253 des Strafgesetzbuches schuldig gemacht habe und daß er sich hierbei nicht gelohnt habe, seine Stelle als Abgeordneter auszunutzen. Infolge des Ausgangs dieses Prozesses legte Geld sein Reichstagsmandat nieder und schied aus dem Vorstand der national-liberalen Partei aus. Man glaubte, daß er nunmehr von der politischen Bühne verschwunden sei, und war daher um so mehr überrascht, als er sich von einigen Anhängern neuerdings wieder zum Kandidaten aufstellen ließ. Der Vorstand des national-liberalen Vereins in Verden legte dann sein Amt nieder, und die national-liberalen Partei erklärte, daß sie die Geldsche Kandidatur nicht als offizielle Kandidatur anerkenne. In einer Versammlung äußerte der Amtsgerichtsrat Dr. Herz-Harburg, daß die nationale Fraktion Geld nicht anerkenne. Mit einer entsprechend wegweisenden Handbewegung sagte er dann: „Nehmt den Mann, geht man am besten mit einer Handbewegung hinweg.“ Wegen dieser letzten Äußerung hat das Schöffengericht Verden auf Antrag Gelds ein Privatklageverfahren gegen Amtsgerichtsrat Dr. Herz eröffnet. Dr. Herz hat wegen des Inhalts des Schreibens in dem Geld ihn zur Zurücknahme der Beleidigung aufforderte, Widertage erhoben. Der Angeklagte Herz wurde zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Widerlage Herz gegen Geld wegen Beleidigung in einem Brief wurde der Privatkläger Geld zu 250 Mark Geldstrafe verurteilt. Vielleicht teilen sich die beiden nun in die Differenz.

Die Berliner Luftbarkeitssteuer. In der letzten Sitzung des Magistrats zur Zurückziehung der Vorlage über die Einführung einer Luftbarkeitssteuer wurde beschlossen: Dem Ueberschuß des letzten Jahres wird eine Million entnommen, um den durch das Fallenlassen der Vorlage entstandenen Ausfall im Etat auszugleichen.

Feuerungszulage für Beamte? Der „Berliner Lokal-anzeiger“ will wissen, daß im preussischen Finanzministerium auf Grund mehrerer Anregungen über die Gewährung einer einmaligen Feuerungszulage an die Staatsbeamten „Ermäßigungen“ schweben. Um eine Grundlage für etwaige Beschlüsse zu lassen, seien die einzelnen Verwaltungen befragt worden, inwieweit dort ein Bedürfnis für eine Feuerungszulage anerkannt werde. Beobachtungszeitung fügt das Blatt hinzu, daß es noch dahinsiehe, ob sich die Ermäßigungen zu Beschlüssen verdichten würden. Die letzte Feuerungszulage wurde, wie erinnerlich, im Jahre 1908, zugleich mit der Besoldungsreform, durchgeführt. — Und die Staatsarbeiter?

Agrarische Notstandsprose. Im „Tag“ veröffentlicht Caliban ein Spottgedicht gegen die Wiener Feuerungsdemonstrationen, das mit folgender, viehisch gemeinen Strophe schließt:

Die Revolte nützt direkt,
Wenn dir in den Eingeweiden
Erst 'ne blaue Bohne steckt,
Wirst du nie mehr Hunger leiden.

Caliban, der alledeutsch-reaktionäre Heldenlänger des „Tag“, heißt im Privatleben Richard Nordhausen und ist Feuilleton-Redakteur des Organs des Bundes der Landwirte, der „Deutschen Tageszeitung“.

Vornehmer Junkerton. Höchst aufgebracht ist die „Kreuzzeitung“ über die Behauptung des „Berliner Tageblatt“, daß der neuernannte Unterstaatssekretär im preussischen Kultusministerium v. Chapanis der Vertrauensmann des Zentrums sei. Sie stellt das entschieden in Abrede und schließt ihre Polemik mit folgender Bemerkung:

Aber wenn es gegen den schwarzblauen
Blod geht, dann pfeift der Jude auf die
Wahrheit!

Der Auslöndredakteur Freiherr v. Wangenheim, der durch seinen bekannten Judenlammel-Brief in zwei Weltteilen angenehmes Aufsehen erregte, scheint demnach auch die innere Politik der „Kreuzzeitung“ führend zu beeinflussen. Das wird aber die konservative Presse natürlich nicht hindern, über „Sauberdenton“ zu klagen, wenn ihr in sozialdemokratischen Blättern die Wahrheit gesagt wird.

Die bürgerlichen Gastwirte gegen den schwarzblauen Blod. Der Reichsverband deutscher Gastwirte hat, wie liberale Blätter melden, in seiner letzten Sitzung zur kommenden Reichstagswahl Stellung genommen und folgenden Beschluß gefaßt:

„Seitens der dem Reichsverbande deutscher Gastwirte angehörenden Gastwirtsvereine wird kein Reichstagskandidat unterstützt, der für die Reichsfinanzreform seinerzeit gestimmt hat. Dagegen soll jeder Kandidat die Stimme erhalten, gleichviel welcher politischen Partei er angehört, sobald er das Versprechen abgibt, daß er für die Interessen des Gastwirtsstandes eintreten und jede Sonderbesteuerung von ihm fernhalten will.“

Um diese Beschlüßfassung weitgehendst bekannt zu machen, soll den Verbandsvereinen ein Flugblatt übermittelt und zur Beachtung empfohlen werden.

Die Konsequenz des Beschlusses wäre, daß die bisher sammelfrommen Gastwirte auch die unlauteeren Einflüsse, die gegen die Unterstützung sozialdemokratischer Kandidaten gerichtet sind, mutig zurückweisen.

Keine „Arbeitervertreter“. Kürzlich stellte in einer Zentrumsversammlung in Borbeck-Essen der christliche Gewerkschaftssekretär Hülkes, der an Stelle des Reichstagsabgeordneten Giesberts redete, die christlich-politischen Grundsätze „fest“. Sie gipfelten darin, daß allen bürgerlichen Parteien gegenüber Neutralität zu bewahren und nur die Sozialdemokratie aufs Schärfste zu bekämpfen sei. Als dem Redner ein sozialdemokratisches Flugblatt über die Reichsversicherungsordnung überreicht wurde, erklärte er lakonisch:

Ich wünschte, daß in den nächsten Reichstag 250 Genossen kämen. Dann käme der Leutnant mit zehn Mann, schloße die Kasse zu und wir wären damit fertig. Bei mehreren anwesenden Zentrumsgrößen erregte die Äußerung beifälliges Schmunzeln und bei den Oldenburgern und Genossen wird sie nicht minder Beifall finden. Diese Sorte „Arbeitervertreter“ kann es im Reaktionsblock noch weit bringen.

Sausabund und Unterstützung von Reichstags-Kandidaten. Der geschäftsführende Ausschuß der Stuttgarter Ortsgruppe des Hansabundes hat folgende Resolution angenommen: Die Ortsgruppe Stuttgart des Hansabundes scheidet ihre freudige Genußnahme darüber aus, daß bei der Reichstagsverfassung in Düsseldorf ein Kandidat, der dem Hansabund als Mitglied angehört, genau auf seine wirkliche Stellung zu unseren wirtschaftlichen Forderungen geprüft wurde, und als er der Prüfung nicht standhielt, auch nicht unterstützt wurde. Auch für die allgemeinen Reichstagswahlen erwartet die Ortsgruppe Stuttgart, daß vom Hansabund nur solche Kandidaten unterstützt werden, die dem Hansabund angehören und in ihrer ganzen Persönlichkeit eine Gewähr dafür bieten, daß sie die vom Hansabund aufgestellten Forderungen für Gewerbe, Handel und Industrie im Parlament unentwegt vertreten. Die Hansabundler wissen also, welche unsichere Kantonisten sie unter sich haben.

Gründung einer neuen Partei im Annoncentwege. Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt folgendes Inserat: „Reichstag!!! Zwecks Gründung einer neuen Partei (große Jodel) vermögende „Patrioten“ gesucht. Disziplin, Ehrlichkeit, Information ohne Mißtrau, keine Geldanzapfung, ev. Beteiligung an groß. Unternehmen (Zeitung u. Reichsbahn). Näb. Postlagerkarte 21, Postamt 91.“

Dem Urheber der „großen Idee“ scheint es hauptsächlich darum zu tun zu sein, auf diesem doch nicht mehr ungenutzten Wege auf andere Leute seinen seine Heißerzeugnisse drücken zu lassen. Möge er nicht nur „vermögende“ sondern auch einseitige „Patrioten“ finden, die ihm die Durchführung seiner Absicht ermöglichen! bemerkt dann die „Freie Ztg.“ Auch wir wünschen den Herrschaften das Beste.

Maßregeln zur Bekämpfung des Notstandes der Schnapsbrenner. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ teilt mit, daß über die unbeschränkte Zulassung von Getreide und Mais zur Verarbeitung in landwirtschaftlichen Brennereien zwischen Bundesregierungen Einverständnis erzielt worden sei. Es dürfte daher für Anfang Oktober d. J. mit einem entsprechenden Bundesratsbeschlusse gerechnet werden. Was zu dieser Maßregel, die angeblich der Futtermittelsteuer und Kartoffeln für menschliche Nahrungsmittel freimachen soll, zu sagen ist, haben wir bereits ausgesprochen. Es handelt sich hier nicht um eine Disfaktion zugunsten der noleidenden Konumenten und kleiner Viehpoduzenten, sondern um eine Unterstützung der fuselbrennenden Liebesgabenempfänger.

In Masurien hat sich ein aus einigen 20 polnisch gesinnten Majuren bestehender Wahlaußschuß gebildet, der unter dem Namen Wahlverband der masurischen Volkspartei großpolnische Agitation betreiben will. Dem „Dziennik Polnanski“ zufolge hat dieser Wahlverband einen Aufruf herausgegeben, der sich scharf gegen die liberale und konservative Partei wendet und zu einem Zusammenschluß der evangelischen Majuren mit den Polen auffordert.

(Ausland siehe Beilage 1.)

Parteiangelegenheiten.

Beleidigte Reichsverbändler. Im „Bornaer Tageblatt“ war die Behauptung aufgestellt worden, es solle eine gewerkschaftliche Kriegskasse gegründet werden, zu der jeder organisierte Arbeiter 5 Pf. Beitrag leisten müsse. Im Anschluß hieran hatte sich das „Bornaer Tageblatt“ noch über die Höhe der Beiträge der organisierten Arbeiter verbreitet und daran häßliche Bemerkungen und wahrheitswidrige Behauptungen geknüpft. Die „Volkszeitung für das Muldental“ hatte diesen Artikel als vom Reichsverband herflüßend bezeichnet und gelangt, die Reichsverbandsmitglieder seien im Schwindeln unverwundlich.

General v. Liebert und Dr. Vovenichen verlagten daraufhin den Redakteur Wahrdt und erzielten seine Verurteilung zu 200 Mark Geldstrafe.

Briefprozeß. Im April ds. Js. hatte Genosse Redakteur Born vom Saalfelder „Volksblatt“ sich in einem Artikel mit dem Malzfabrikanten Proffen in Wolkershausen beschäftigt, der einen alten, 18 Jahre bei ihm tätigen Arbeiter entlassen hatte. Proffen fühlte sich beleidigt und ließ zum Kadl.

Das Schöffengericht in Meiningen, vor dem die Verhandlung stattfand, verurteilte den Genossen Born zu drei Wochen Gefängnis, obwohl der Wahrheitsbeweis für die behaupteten Tatsachen erbracht wurde. Zu einer Gefängnisstrafe kam das Gericht, weil, wie der Vorsitzende meinte, eine Geldstrafe doch nur aus der sozialdemokratischen Parteikasse bezahlt werde.

Wegen Beleidigung des Abbe Wetterle wurde Genosse früher von der Straßburger „Freien Presse“ zu 5 Mk. Geldstrafe verurteilt. Abbe Wetterle, der selbst in seinem französischen Blatte die heftigste perönliche Polemik führt, fühlte sich beleidigt, weil die „Freie Presse“ ihn ein paar recht doree kräftige Worte gesagt habe.

1143 neue Abonnenten gewann unser Erfurter Parteiblatt infolge einer Hausagitation am letzten Sonntag. Partei-genossen Schleifens! Laßt euch das ein Ansporn sein, in gleicher Weise für die Ausbreitung eures Parteiblattes tätig zu sein.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Rasch in Erfurt; für den Hallesburger Teil: Paul Encher in Hallesburg. — Redaktion und Expedition: Neue Leipzigerstraße 7, Verlag von Oskar Schö, Druck von Ed. Schö, S. m. b. H. in Berlin. Dieztes Heft.

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die druckgesetzliche Verantwortung.

Sunlicht Seife

10 & 25
Pfennig



Seidenstoffe, Spitzen, Bänder,
Weisse, farbige Gewänder,
Jeden Schleier, jede Schleife,
Reinigt mir die Sunlicht Seife!

Am 23. d. Mts. verschied nach langen, mit Geduld ertragenen Leiden, meine innigstgeliebte Frau, herzensgute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante
Frau Berta Grossert
geb. Filz
im blühenden Alter von 25 Jahren 4 Tagen.
Um stille Teilnahme bittet
Der trauernde Gatte nebst Sohn.
Die Beerdigung findet Dienstag, den 26. September, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause Andersenstr. 13 aus, nach dem Friedhof von St. Barbara in Cosel statt. 5189

Am 23. d. Mts. verschied plötzlich und unerwartet meine liebe Frau, unsere gute Schwester, Schwägerin, Tante und Schwiegertochter
Christiane Barwisch verw. Garn,
geb. Schenk
im Alter von 53 Jahren.
Dies zeigt schmerzhaft an
Der tieftrauernde Gatte Reinhold Barwisch n. Angehörigen.
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Bergstrasse 18, nach Gräbchen. [5192

Geübte Repassiererrinnen
und junge Mädchen
für leichte Arbeit stets gesucht. 16064
Neustadt & Neumann, Reuschestr. 46.
Zigarren **100 Stück 2.50 bis 10.00 M.**
empfehlen gegen Raucher
Zigarrenfabrik E. Lampke,
Fabrik, Verleih und Hauptgeschäft: Breslau, Neustadt 1. Ecke Vincenzstraße.
Filialen: Wallstraße 18, Ecke Schützenstr. Nummer 35, Friedrich-Wilhelmstraße 13, Hohestraße 77. 3040

Am 25. September, nachm. 1 Uhr, verschied nach langen schweren mit großer Geduld ertragenen Leiden unsere innigstgeliebte, treue, gute Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine
Frau Berta Grossert
geb. Filz
im blühenden Alter von 25 Jahren.
Um stille Teilnahme bitten
Die tieftrauernde Mutter u. Geschwister nebst Angehörigen.
Beerdigung: Dienstag, nachm. 2 Uhr, nach St. Barbara in Cosel. Trauerhaus: Andersenstr. Nr. 13. 5188

Am 23. d. Mts. starb nach kurzem, schwerem Leiden unsere liebe Mutter, Grossmutter, Schwiegermutter, Schwägerin u. Tante
Pauline Klante
geb. Deutschländer
im Alter von 51 Jahren.
Dies zeigen im tiefsten Schmerze an
Die trauernden Kinder.
Beerdigung: Dienstag, den 26. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause Katzbachstrasse 16 nach Cosel. 5191

Weder!
Durch direkten Bezug und Masseneinsatz in einer der besten Fabriken Deutschlands bestellte bis auf weiteres 5031
Weckeruhren
jezt 1,25 Mark u. Schriftl. Garantie.
Albert Möwius
Uhren- und Goldwaren-Kaufhaus
Inpfernschmelzstr., Ecks Haus Schmiedstr. 56, vom Ringe aus links.

Am 23. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden unser langjähriges Verbandmitglied, die Zigarrenmacherin
Berta Grossert geb. Filz
im blühenden Alter von 25 Jahren. 5189
Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren
Die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes
Zahlstelle Breslau.
Beerdigung: Dienstag, nachmittags 2 Uhr, nach St. Barbara in Cosel. Trauerhaus: Andersenstrasse 13.

Jeden Montag:
Spezialtag
Erste Sorte Knoblauchwurst
3 Pfd. 75 Pf.
Jeden Dienstag:
Spezialtag
Mortadella 4, Pfund 25 Pf.
Georg Hildebrand
Schmiedebücke 48.
Schweidnitzer Strasse 50.
Rosenthaler Strasse 4.
Markthalle I und II.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.
Donnerstag, den 28. September, abends 8 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstr. 17:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Wahl eines Revisoren. 5187
2. Wahl der Pressekommission.
3. Berichterstattung vom Parteitage in Jena.
Nur Mitglieder haben Zutritt! Mitgliedsbuch legitimiert!
Der Vorstand.

Schmiedeberg.
Bäckeri und Kolonialwaren.
Fehler, Ernst, Oberstraße 15.

Fortsetzung des Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis

Schwarzwaren, Schuhmacher.
Dennich, Heinrich, Reberstraße 2.
Denke, Adolf, Felthammer 79.

Bier-Brauereien.
Subt-Brauerei R. Bueh, Schmiedebg.

Galanterie-, Spielwaren, Hausrath.-Art.
Bügelg. G. Sagar, Schmiedebg. 9.
Hilger, R. (W. Roder), Ring 14. (Kurg.)

Uhren u. Goldwaren.
Wibler, Hugo, Dreierstr. 3. (Sp. Examine)

Mineralwasserfabrik u. Bierhandlung.
Schmitz, Fürstentiner Str. 6. (Brauerei)

Manufaktur- und Modewaren.
Göhrer, H. Eberl, Reber-Str. Oberalt.
Eubermann, P. O., Fabrikstr. Kilmach.

Spezial-Putzgeschäft.
Sauer, Christian, Trauerhölz, gr. Hundw.

Fleischereien und Wurstfabriken.
Richter, Paul, Markt 19.
Knappe, Fritz, Friedhofstr. 21.
Schmidt, Emil, Schmiedebg. 10.

Handschuh- und Waschgeschäfte.
Kange, R., Ring, Ecke Gärtnersstr.

Bäckeri u. Konditorei.
Janz, Gustav, Ohlauer Chaussee 13.

Möbel- und Sargmagazine.
Gottschalk, C., Ederstr. 14, eig. Werkst.

Möbelmagazine.
Wieser, Carl, Möbel u. Sargmagazin.
Andria, Richard, Möbel u. Sargmagazin.
Baltke, Hugo, Möbel u. Sargmagazin.
Springer, C., Bau u. Möbelschleier.

Uhren und Goldwaren.
Göttler, C., Felthammer, Musikwerk.

Hüte, Hülsen, Filzwaren.
Wäsche, Paul, Markt 7.

Herrn- u. Knaben-Garderobe.
Citzner, H., Ring 48. (p.l.) Exp. Spezial.

Fleischereien und Wurstfabriken.
Stegmann, Paul, Schmiedebg. 15.
Weig, Wilhelm, Klein-Tschansch Str. 21.

Polstermöbel, Lederwaren.
Hömann, G., Frielestr. 22, Sattlerstr.

Papier- und Schreibwaren.
Sensfeld, Hugo, Promenade, Galanteriew.

Zigarren, Zigaretten.
Cebel, Paul, Ring 1, Rauch, Gluckauf, 1/2g.

Wäsche, Weiß- u. Kurzwaren.
Feldmeyer, Conrad, Markt 29 (Reberstr.)

Herrn-Bekleidung u. Arbeiter-Gard.
Ring 10
Wolf, M. billige Begutachtung.

Kolonialwaren.
Fritsch, Wilhelm, Chaussee 25.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Hauke, Paul, Gartenstraße 24.
Dufsch, Adolf, Ring 12.

Photographische Ateliers.
Neumann, H., Mittelstr. 2, beim Deutsch. Rath.

Kolonie Sandberg.
Fleischereien.
Fitzsch, Paul, Sandberg 21.

Zigarren, Zigaretten.
Schell, Paul, Markt 51.

Hüte, Hülsen u. Pelzwaren.
Wagner, Hermann, Wittigstr. 8.

Schuhwaren.
Wittig, Carl, Klein-Tschansch Str. 34.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Hauke, Paul, Gartenstraße 24.
Dufsch, Adolf, Ring 12.

Polsterwaren.
Hilmann, Paul, Ober-Rathower.

Reparatur- u. Schneidwaren.
Reiner, Hermann, III. 21d, Schulstraße.

Woll-, Weiß- u. Kurzwaren.
Feldmeyer, Conrad, Markt 29 (Reberstr.)

Herrn-Bekleidung u. Arbeiter-Gard.
Ring 10
Wolf, M. billige Begutachtung.

Kolonialwaren.
Fritsch, Wilhelm, Chaussee 25.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Hauke, Paul, Gartenstraße 24.
Dufsch, Adolf, Ring 12.

Photographische Ateliers.
Neumann, H., Mittelstr. 2, beim Deutsch. Rath.

Reparatur- u. Schneidwaren.
Reiner, Hermann, III. 21d, Schulstraße.

Zigarren, Zigaretten.
Schell, Paul, Markt 51.

Hüte, Hülsen u. Pelzwaren.
Wagner, Hermann, Wittigstr. 8.

Schuhwaren.
Wittig, Carl, Klein-Tschansch Str. 34.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Hauke, Paul, Gartenstraße 24.
Dufsch, Adolf, Ring 12.

Photographische Ateliers.
Neumann, H., Mittelstr. 2, beim Deutsch. Rath.

Reparatur- u. Schneidwaren.
Reiner, Hermann, III. 21d, Schulstraße.

Zigarren, Zigaretten.
Schell, Paul, Markt 51.

Hüte, Hülsen u. Pelzwaren.
Wagner, Hermann, Wittigstr. 8.

Schuhwaren.
Wittig, Carl, Klein-Tschansch Str. 34.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Hauke, Paul, Gartenstraße 24.
Dufsch, Adolf, Ring 12.

Photographische Ateliers.
Neumann, H., Mittelstr. 2, beim Deutsch. Rath.

Reparatur- u. Schneidwaren.
Reiner, Hermann, III. 21d, Schulstraße.

Zigarren, Zigaretten.
Schell, Paul, Markt 51.

Hüte, Hülsen u. Pelzwaren.
Wagner, Hermann, Wittigstr. 8.

Schuhwaren.
Wittig, Carl, Klein-Tschansch Str. 34.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Hauke, Paul, Gartenstraße 24.
Dufsch, Adolf, Ring 12.

Photographische Ateliers.
Neumann, H., Mittelstr. 2, beim Deutsch. Rath.

Reparatur- u. Schneidwaren.
Reiner, Hermann, III. 21d, Schulstraße.

Zigarren, Zigaretten.
Schell, Paul, Markt 51.

Hüte, Hülsen u. Pelzwaren.
Wagner, Hermann, Wittigstr. 8.

Schuhwaren.
Wittig, Carl, Klein-Tschansch Str. 34.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Hauke, Paul, Gartenstraße 24.
Dufsch, Adolf, Ring 12.

Photographische Ateliers.
Neumann, H., Mittelstr. 2, beim Deutsch. Rath.

Reparatur- u. Schneidwaren.
Reiner, Hermann, III. 21d, Schulstraße.

Orten, die Kollegen zur Organisation heranzuziehen. Vielfach sind es noch immer die Geistlichen und Arbeiter, die mit allen möglichen Mitteln versuchen, Mitglieder abzurufen zu machen. Er fährt dabei Beispiele an, die da geigen, wie von dieser Seite vorgegangen wird. Alle diese Städte werden aber wieder in Angriff genommen werden und schließlich wird es doch gelingen, Freise zu schlagen. Allerdings müssen die Kollegen mithelfen. Die Lohnbewegungen waren zahlreich die meisten mit Erfolg. Die Polener Bewegung erreichte für die Speditious-Rutscher und Arbeiter einen günstigen Erfolg. Schon nach 8tägigem Streit riefen die Spediture das Gewerbegericht an, wo eine Einigung zu Stande kam. Aus dem Bericht war viel Erfreuliches, aber auch manches Unfreuliche zu entnehmen; es wird noch unaußgelehter Arbeit bedürfen, um die Schladen, wie sie sich hier und dort vorfinden, zu beseitigen. Der Organisationsbedarf muß noch mehr Eingang finden. Es müssen sich mehr Mitarbeiter in den Dienst des Verbandes stellen. Es gibt unter den Transportarbeitern gute Kräfte genug, die wohl in der Lage sind, aus eigener Kraft die Organisation zu stärken. Zimmer verbreitete sich im Verlauf seines Berichtes über die leider noch herrschenden persönlichen Streitigkeiten unter den Kollegen, die meistens höfend wirkten. Namentlich in O l a g a u wären die Verhältnisse in den Verwaltungsstellen unheillich. Unter allen Umständen muß da eine Wandlung zum Besseren eintreten.

In der Diskussion führte Kollege T r u p p a aus Rathhor unter anderem aus, daß es in Obereschleien trotz alledem vorwärts geht, obgleich Polizei und Geistlichkeit gegen den Verband arbeiten. Die Geistlichen beeinflussen die Frauen, ihre Männer abzuhalten, sich zu organisieren. Leider sind die obereschleischen Arbeiterkreise noch zu wenig aufgeklärt, um den Zweck einer Organisation zu verstehen. Einige Vertreter sind von den Geistlichen gehörig ausgekostet. Einige Unrentier klagen über den Brauerarbeiter-Verband, der bestrebt sei, den Transportarbeitern so viele Mitglieder zu entziehen, wie nur irgend möglich, besonders die Viertelscher. Andere Redner beschwerten sich über die Konsum-Genossenschaften in der Provinz, die sich um den Tarif nicht kümmern und nach ihrem Willen die Disziplin aus anderen Branchen einführen. Kollege R u d e l - B r e s l a u erklärte, daß hier keine so großen Fortschritte gemacht worden sind. Verschiedene Umstände, die er näher erörterte, trügen die Schuld, daß die Breslauer Verwaltungsstelle nicht weiter gekommen sei.

Der zweite Punkt betraf die Frage, wie am zweckmäßigsten die Agitation und der Organisationsbau zu betreiben ist. Kollege S i m m e r hielt die Astararbeit, die Hausagitation, für das Beste. In der Wohnung könne zugleich Mann und Frau aufgeklärt werden, was ganz besonders in Obereschleien notwendig sei. Am vortheilhaftesten sei es, in den Verwaltungsstellen Agitationskomitees zu bilden, die unaußgeleht und ohne Verzug an die Arbeit herangehen. Der gute Wille eines jeden Klassenbewußten Arbeiters wird das Erreichen, was der Hauptzweck jeder Organisation ist. Man muß die Gleichgültigen auf die Erfolge hinweisen, die der Verband für die Mitglieder erreicht hat, auf die Unterführungen, die er in allen Nothfällen gewährt. Zimmer empfahl, für jede Branche einen Vertrauensmann zu ernennen, der die Verhältnisse der Kollegen kennt und es versteht, sie zu überzeugen, und so zum Nutzen des Verbandes arbeiten kann.

Zu dem Referat lagen folgende Anträge vor: In jeder Zahlstelle muß eine Agitationskommission gewählt werden, die jeden Monat zweimal Agitationen vorzunehmen hat. Es sollen Flugblätter zum Zwecke der Agitation verbreitet werden. Die Anträge wurden angenommen. Gölzig beantragte, für Niederschlesien einen Bezirksleiter anzustellen mit dem Sitz in O b e r s c h l e i e n. Der Vertreter von Siegnitz steht auf dem Standpunkt, daß, wenn einer ange stellt wird, dann Siegnitz vorzuziehen sei. Verbandsvorsitzender S c h u m a n n und Frau wozeln sich dahin aus, daß der Vorstand erst eine Grundlage schaffen müsse, auf der der Plan verwirklicht werden kann. Im Ganzen steht er dem Antrage freundlich gegenüber. Die Konferenz nahm den Antrag an.

Ueber die Pläne der Scharfmacher sprach dann Kollege S c h u m a n n. Wer die Vorgänge der letzten Jahre richtig verfolgt hat, dem wird es klar sein, daß die Unternehmer immer mehr bestrebt sind, der Arbeiterklasse das Koalitionsrecht zu rauben oder doch zu beschränken. Man wisse, daß den Eisenbahnern das Recht der Vereinigung im Transportarbeiter-Verband verwehrt wird. Dazu kommen die Beschränkungen, die durch die Reichsversicherungsordnung der Arbeiterschaft auferlegt werden. Kurz, die herrschenden Klassen gehen darauf aus, den Arbeitern alle Rechte zu beschneiden. Gegenüber allen diesen rücksichtslichen Bestrebungen müssen sich die Arbeitermassen wie ein Mann erheben, um die Gelfäße der Scharfmacher abzuschlagen. Das kann nur gelingen, wenn die Arbeiter mit aller Kraft für den Ausbau der Organisation wirken. Die Arbeiter werden bald Gelegenheit haben, sich mit dem Stimmzettel zu betheiligen. Schumann erinnerte daran, was die Scharfmacherpresse gegen den Transportarbeiterverband geschrieben hat. Sie hat die Transportarbeiter als Verbrecher hingestellt. Die Kreuzzeitung hat ihren ganzen Haß gegen den Verband geschleudert und nach Ausnahmegesetzen geschrieben.

Die Werbestraft der Organisation hat trotzdem nicht gelitten. Doch ist es notwendig, die Kollegen darauf aufmerksam zu machen, damit sie die Mitarbeiter davon überzeugen können, was sie zu erwarten haben, wenn sie sich nicht beizugehen entschließen, dem Verbands beizutreten, der eine Schutzwehr bildet gegen alle ihre zugehenden Verdrückungen. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall und machten auf die Vertreter einen tiefen Eindruck. Es wurden dann noch Anträge, die den inneren Ausbau der Organisation betrafen, erledigt. Anwesend waren 50 Delegierte.

Zum Glaserstreit

Wir sind geschrieben: Die bezweifelt die Lage der hiesigen Glaserstreitenden ist, die letzten Tarifabschlüsse mit den Gesellen wollen, bewerten die Ueberbetungsanstöße und Willkür, wodurch sie ihre alten Leute zu Arbeitswilligen machen müßten. Das ist aber nicht leicht, jetzt der Fall M o r t a l l t. Die Firma Gebrüder Wenzel verweigerte ihm die Papiere und redete solange auf ihn ein, bis er arbeitswillig wurde. Auch der Buchhalter der Firma S o s s m a n n, P d - n i g s p l a g, ist sich in der Kunst, Leute in die Werkstätten zu ziehen, was ihm aber nicht immer gelingt. Die Firma Oswald Wenzel vertritt viel Lüste, um ihre Werkstatt mit Gesellen zu besetzen, wobei diesen „dauernde“ Stellen versprochen werden; der gemäße Erfolg ist aber ausgeblieben. Der denkende Arbeiter weiß mir zu gut, daß ihm die Streikarbeit keinen Segen bringt und er hält sich von ihr fern. Die Herren, die jetzt in der Arbeitswilligkeit Uebermensliches leisten, werden nach dem Streik schon den gebührenden „Dan“ erhalten. Eine ganz besondere Kraft ist der Glasermeister O s m a l d in der Alsenstraße der Arbeitswillige anwirbt und gleich für mehrere befristete Firmen Bauarbeiten ausführt; unter anderem hat er in O i r o w o mit zwei Leuten Glaserarbeiten auf einem Bau hergestell.

Geliebt sind in Breslau folgende Betriebe: Gebr. Wenzel, O s m a l d, Wenzel, K i c h. Wenzel, E. Viehan, O s t. Schred, S a b a t h und Volter, Wolgast, G g. u. F. Holzmann, Carrel, Wauer, Müller, Schüller, Regepla, O s m a l d, K a t o b, Hoffmann (Königsplatz), W i r t s c h e r g (Breitestraße und kleine Scheinigerstraße) und W i g a l z e l. Alle diese Firmen, die vor dem Ausbruch des Streiks zusammen 91 Gesellen beschäftigten, lassen sich von einigen Zimmerngelehrten mit acht Gesellen, an deren Spitze Herr K e s e l p l a steht, beherrschen und wollen nicht einsehen, daß ihnen die Tarifforderungen so großen Schaden zugeht. Die Forderungen der Gesellen sind meistens bescheiden und können von den Meistern erfüllt werden. Statt das zu tun, lauten sie einigen Scharfmachern nach und haben dabei Verluste, die sie sich hätten eriparen können. Wenn die Herren daran denken, was sie der Streik kostet und was die Lohnrückzahlung ausmacht, dann müssen sie sich sagen, daß sie kein gutes Geschäft gemacht haben. Die Meister rechnen doch sonst mit jedem Pfennig, und hier lassen sie sich so sehr über ihren wirtlichen Loriel täuschen.

Bei der gütigen Lage des Streiks beschloß am Sonntag eine allgemeine Glaser-Verammlung den Kampf wie bisher lochterzuführen. An die Bauhandwerker und Arbeiter ergeht die Aufforderung, die Glasergesellen nach wie vor moralisch zu unterstützen.

* **Städtischer Verkauf von Kartoffeln.** Die Berliner Vorortgemeinde Johannisthal hat beschlossen, den Einkauf von Kartoffeln für die Einwohner in die Hand zu nehmen. Durch eine Umfrage soll die Höhe des Bedarfs festgestellt werden.

Was in Johannisthal durchgeführt werden kann, ist wohl in anderen Gemeinden und auch in Breslau möglich. Und ebenso gut wie Kartoffeln, können auch andere wichtige Lebensmittel durch die Kommunen vertrieben werden. Die Forderungen, die auf diesem Gebiet von der Sozialdemokratie erhoben werden, sind also durchaus erfüllbar. Es kommt nur auf das Wollen an!

* **Grundbesitzer als Steuerbetrüger.** Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet an der Spitze ihrer Nr. 25, nach Pressemitteilungen sind neuerdings vereinzelte Fälle vorgekommen, in denen zur Verwertung bestimmter Grundstücke Aktiengesellschaften errichtet werden, deren Zweck es ist, die Zuzachssteuer zu eriparen. Die Gründer ipreinen sich bei der Wahl dieser Gesellschaftsform darauf zu stützen, daß § 3 des Zuzachssteuergesetzes, in welchem dem Uebergang des Eigentums an Grundstücken gleichgestellt wird der Uebergang von Rechten an dem Vermögen von Grundstücksverwertungsgesellschaften, die Aktiengesellschaften nicht erwähnt. — Vor der weiteren Ausführung derartiger Veruche muß gewarnt werden. Soweit die erwähnten Rechtsvorgänge nicht etwa nach allgemeinen Rechtsgrundlagen niedrig oder bereits nach § 6 des Gesetzes steuerpflichtig sind, würde der Bundesrat hier alsbald in die Nothwendigkeit verriet werden, von der ihm durch § 63 des Ju-

wachssteuergesetzes übertragenen Ermächtigung Gebrauch zu machen und die erwähnten Rechtsvorgänge, die es — ohne unter § 1, 5 des Gesetzes zu fallen — einem anderen ermächtigen, über das Grundstück wie der Eigentümer zu verfahren, für steuerpflichtig zu erklären. Unrichtige Erwägungen hierüber sind im Gange. —

Die Gemeinden haben sich bisher schon, wenn auch wohl vielfach vergeblich bemüht, durch eine besonders vorsichtige Fassung der Steuerordnungen den offiziös gerügten Praktiken der Grundstückwucherer entgegenzutreten.

* **„Wusen-Tinkur“.** Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte die Breslauer Strafkammer gegen den Kaufmann V i k t o r B a u c h, der mit minderwertigen Gebeimitteln einen schwindehaften Handel betrieben hatte. In vielen Blättern Deutschlands wies er eine „Wusen-Tinkur“ zur Erlangung eines üppigen, weiblichen Wusens an. Viele Frauen und Mädchen sind auf diesen Schwindel hineingefallen. Die Wirkung, die das Mittel angeblich haben sollte, war trotz des hohen Kaufpreises überall ausgeblieben, Bauch aber lachte sich ob seines schönen Verdienstes ins Häufigen. Schließlich brachte der Verband der Waffreure die Sache zur Anzeige und Herr Bauch wurde vom Staatsanwalt alsbald das Handwert gelegt. Das Gericht kam auf Grund sachverständiger Gutachten zu der Ueberzeugung, daß es sich hier um einen plumpen Gebeimittelschwindel handelte, der nur auf Gebeimittelerwerb berechnet war. Das Urteil gegen Bauch lautete auf 8 M o n a t e G e f ä n g n i s, wovon 2 Monate auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet werden sollen.

* **Lehrlingsfreuden.** Am Freitag stand der Fleischermeister W. Moese, Friedr.straße 82, vor dem Breslauer Schöffengericht. Die Anklage legte ihm eine Körperverletzung mit einem gefährlichen Werkzeug zur Last. Mit einem W e c h - s t a b l hatte Moese am 22. Mai nach dem jungen Mann gezwungen, wodurch dieser eine ernste Verletzung erlitten hatte, die ihn zwang, drei Wochen im Krankenhaus der Parnbergischen Kläder zuzubringen. Als Grund der Mißhandlung führte Moese an, der Junge habe, als er ihm einen Beschl erteile, eine lächerliche Miene gemacht. Im übrigen erzählte der Meister dem Gericht etwa 20 Minuten lang von den angeblichen Mißthaten des Lehrlings. Einmal soll der Lehrling in einer Restauration sogar eine Zeitung gelesen haben. Mit dem Stahl will er nicht geworfen haben, sondern er sei ihm „nur aus der Hand gerutscht“. Mit Recht wies der Amtsanwalt auf das Unsinntige dieser Ausrede hin. Auch der Eindruck, den der Lehrling vor Gericht machte, paßte nicht recht zu der Schilderung, die der Meister gegeben hatte. Von „Niederträchtigkeit“, „schreiem Annehmen“ und dergleichen, was dem Jungen nichts anzurechnen; er machte im Gegenteil einen bescheidenen und zurückhaltenden Eindruck. Schon im vorigen Jahre schlug Moese einmal dem Lehrling ein kleines Auge. Der Vater hatte damals den Meister vor weiteren Mißhandlungen seines Kindes eindringlich gewarnt; da der Erfolg ausgeblieben ist, hat er jetzt Strafantrag gestellt. Das Gericht sah die Tat des Herrn Moese sehr milde an; es wurden 3 M a r k G e l d s t r a f e „als ausreichend“ angesetzt. Solche milde Bestrafungen sind nicht geeignet, manchen Meistern einzuschärfen, daß sie die Lehrlinge menschenwürdig zu behandeln haben.

* **Ein Schwindler.** Dießige Gewerkschaftsbureaus und sonstige in der Arbeiterbewegung tätige Genossen wurden öfter von einem einarmigen Oesterreicher aufgesucht, der mit Papier und Schreibmaterialien handelte. Er wies Empfehlungsschreiben bekannter Parteigenossen auf. Dieser Mann ist ein Schwindler und wie warnen vor ihm: er ist auch nicht einarmig, sondern er hat zwei gesunde Arme.

* **„Scherze“ eines Kanoniers!** Der Kanonier Gustav H a n z e vom Artillerie-Regiment Nr. 6 in Breslau stand am 12. Juli auf Wachtposten. Da kam ein Kamerad mit Wurst. Der Kanonier verließ seinen Posten und schnitt mit dem Seitenmesser an der Wurst herum. Dieses Verhalten rügte sein des Weges kommander Wachmeister. Als dieser wegging, streckte der Kanonier hinter dem Vorgeheuten „die Zunge heraus“. Das Kriegesgericht verurteilte den Mann wegen Ungehorsams, Verleumdung eines Vorgesetzten und Verlassens seines Postens zu drei Wochen Arrest. Auf die Verurteilung des Gerichtsherrn, der den Kanonier höher bestrafen wollte, erklärte das Oberkriegsgericht auf vier Wochen strengen Arrest. Der Mann will „aus M“ gehandelt haben.

* **Von der technischen Hochschule.** Am Sonnabend ist das G i r t e n m a n n s c h e Institut für technischen Hochschule mit aller Feierlichkeit eingeweiht worden. Nach einer Begrüßung des Rektors der technischen Hochschule Professor Dr. v. G u n t h e r, Prof. S i m m e r s b a c h, der die Festrede hielt und Oberbürgermeister Dr. V e n d e r.

trauen marrieren zu lassen; das würde die Glaubhaftigkeit der eigene erheblich steigern.

Doch mit all den Ausständen soll der verheißungsvolle Beginn der Saison im Loketheater keineswegs verkleinert werden. In kurzer Zeit wird Lessing, Shakespear und Ibsen je ein Abend gewidmet, und solch erster Wille verdient seinen Kranz. Ob ihn freilich das Breslauer Publikum winden wird, steht dahin, denn bisher gab's bei diesen Vorstellungen immer große Läden im Parkett und in den „besseren“ Rängen. Die „Stützen der Gesellschaft“ bleiben nicht da zu sein, wenn etwas über den Operetten-Horizont geht.

Aus aller Welt.

* **Biertrinken im Dienst verboten.** Der Charlottenburger Magistrat hat den städtischen Beamten unterlagt, in den Diensträumen Bier zu trinken. Diese Verfügung hat in städtischen Beamtenkreisen viel böses Blut gemacht. Mehrere Beamte haben sich an den liberalen Stadtvordneter H o l m a n n gewandt, der jetzt an den Magistrat durch die Stadtvordneterversammlung folgende Anfrage gerichtet hat: „Ist es zutreffend, daß den städtischen Beamten das Biertrinken in den Diensträumen unterlagt ist? Welche Maßnahmen sind getroffen, um den Beamten die Möglichkeit zu geben, während des Dienstes Erfrischungen einzunehmen zu können?“

Die Angelegenheit soll in der nächsten Charlottenburger Stadtvordneterversammlung zur Sprache kommen.

* **Riez im Frieden.** Beim Salutschießen erigte sich auf dem Sanzereuzer „Marzellasse“ im Hafen von T o s t o n ein Unfall, der mit dem vor einigen Tagen auf der „Glorie“ erfolgten Vorfall große Ähnlichkeit hat. Da sich der Beschäftigte eines Geschüßes löste, entstand eine heftige Explosion. Bei der neuen W a n n a von den umherliegenden Sprengteilen tödlich getroffen wurden. Eine Anzahl anderer Soldaten erlitten teils leichtere, teils schwerere Verletzungen. Die Getödteten sind durch die furchtbaren Verbundungen bis zur Unkenntlichkeit entstellt.

* **Ein drachisches leibbares Luftfahrzeug.** Das Fernleitboot des Lehrers B i r c h, das vor kurzer Zeit auf dem Wasser bei Berlin haunereitende Beweise seiner Leistungsfähigkeit gezeigt, hat ein Gegenstück in einem, gleichfalls durch elektrische Wellen auf drachilosem Wege leibbaren Luftfahrzeug gefunden. Das Fahrzeug, eine Erfindung des Ingenieurs P o l i e aus H a m b u r g, hat die Form eines kleinen Parjellluftschiffes, eine Länge von 1/2 Metern und einen Durchmesser von 1/2 Metern. Es wird von drei Luftschrauben, von denen sich eine an der Spitze und zwei am Ende des Fahrgestüßes befinden, in Bewegung gesetzt und erhalten. Der Motor, der die Schrauben in Tätigkeit bringt, steht mit einem Aufnahmeapparat für die elektrischen Wellen in Verbindung. Auch die Steuerung des Luftbootes erfolgt auf drachilosem Wege durch besondere Vorrichtungen. Das Luftfahrzeug soll seine ersten Probezüge gut auszuführen haben. Es hat sich ergeben gezeigt, daß es nach allen Seiten hin mit großer Beweglichkeit leibar ist und den Einwirkungen der elektrischen Wellen ohne Schwierigkeiten folgt.

1 1/2 Metern. Es wird von drei Luftschrauben, von denen sich eine an der Spitze und zwei am Ende des Fahrgestüßes befinden, in Bewegung gesetzt und erhalten. Der Motor, der die Schrauben in Tätigkeit bringt, steht mit einem Aufnahmeapparat für die elektrischen Wellen in Verbindung. Auch die Steuerung des Luftbootes erfolgt auf drachilosem Wege durch besondere Vorrichtungen. Das Luftfahrzeug soll seine ersten Probezüge gut auszuführen haben. Es hat sich ergeben gezeigt, daß es nach allen Seiten hin mit großer Beweglichkeit leibar ist und den Einwirkungen der elektrischen Wellen ohne Schwierigkeiten folgt.

Der Erfinder will mit seinem Luftboot vornehmlich eine Waise zur Beschickung der Luftschiffe geschaffen haben. Das Luftboot soll zum Zerstückung der Luftschiffe verwendet werden, indem mit Hilfe dieses drachilosen geleiteten Luftbootes Geschosse oder Sprengstoffe auf die feindlichen Luftschiffe geschleudert werden, und das Loslösen dieser Sprengmittel vom Luftboot gleichfalls durch drachilose Telegraphie erfolgt.

* **Ein polnisches Dorf in Flammen.** In der russisch-polnischen D r i k o f t P l a w n o brach Sonnabend abend gegen 10 Uhr zu gleicher Zeit an zwei Stellen ein Brand aus. Mehr als achtzig Gebäude fielen dem Feuer zum Opfer. Selbst die Scharpfeuchen ist eine große Anzahl Menschen ums Leben gekommen. Der Brand konnte bis in die späten Nachstunden nicht gelöscht werden. Der Brand ist auf Brandstiftung zurückzuführen.

* **Ein 104jähriger vor Gericht.** Aus Winnipeg (Kanada) wird geschrieben: Ein Fall, wie er bisher noch nicht in den Annalen unseres Polizeigerichts verzeichnet werden konnte, überhauzt wohl einzig dasteh, erregte gestern hieres und allgemeines Mitleid. Andreas K a w o n t a wurde dem Polizeirichter auf die rein formale Anklage hin vorgeführt, ein Verurteiler auf den Straßen Winnipeg's zu sein. Dabei wurde nun die erstaunliche, aber auf Tatsachen beruhende Feststellung gemacht, daß Kawontka bereits 104 Jahre alt ist. Er kam erst vor etwa sieben Jahren nach Winnipeg, wo er sich bis vor kurzem durch leichte Hilfsarbeiten schlecht und recht ernähren konnte, dann wollte es beim besten Willen nicht mehr geben, die ohnehin schwachen Kräfte verlagten, und der Greis veruchte an den Straßen durch Betteln ein paar Cents für seinen äußerst bedürftigen Lebensunterhalt zu gewinnen. Von einem Polizisten wurde er prompt in sichere Obhut gebracht und stand nun gestern vor dem Richter. Der Staatsanwalt sah selbstverständlich von jeder Bestrafung ab und beantragte die Ueberführung des Kawontka nach dem „Old Folks Home“, wo Andreas Kawontka den ihm noch beschiedenen kurzen Lebensabend in Beschaulichkeit zubringen kann. Der Richter sah mit diesem humanen Vorschlage sofort einverstanden

und das anwesende Publikum veranstaltete eine Kollekte, die ein hübsches Sammeln ergab, so daß sich der 104jährige im Altenheim logat kann und wann einen bescheidenen Luxus wird erlauben dürfen.

* **Ein 104jähriger auf der Fuhrzei von Wien nach Triest.** Im Allgemeinen unaußenhauze zu Triest, so berichtet die „Arbeiterzeitung“, erschien dieser Tage ein alter Mann mit langem weißen Bart und tief sich dem Jubelstonsarzt vorführen, dem er die Bitte um Aufnahme im das Spital portrug, da er sich ungemein schwach und müde fühle und allein in der Welt liehe. Er konnte aus Kräfte, von 100 er mit der Bahn nach Wien gefahren sei; von dort sei er zu Fuß nach Triest gegangen. Als Ausweispaapiere zeigte er einen von der russischen Behörde ausgestellten Paß, sowie auch österreichische Dokumente vor; aus allen diesen Papieren ging überausnehmend hervor, daß der Mann 104 Jahre alt ist. Wie man sich denken kann, war der Arzt nicht wenig erstaunt über die Leistung des Alten. Dabei ist der Mann noch sehr rüstig und er hatte auf dem ganzen Fußmarich von Wien nach Triest sein Reisegepäck von beträchtlichem Gewicht auf den Schultern getragen. Mit Rücksicht auf sein ehrentwürdiges Alter wurde Robert Ergmannski — so heißt der Greis — bereitwillig aufgenommen und auf den Betrag von 5 Kronen 91 Heller, den er als sein ganzes Vermögen bei sich trug und den er als Ersatz für die Verpflegungskosten erbot, wurde vergütet.

* **Ein ungläubliche Sinnesfreiheit verrät ein Gedicht, das vor einigen Tagen in den „Dresdener Nachrichten“ erschien. Es ist den genm Wagan gewidmet, die kürzlich in der Elbe ertranfen und enthält u. a. folgende Verse:**

Man kann auch im Frieden die Ehr' erwerben,
Den Tod für das Vaterland zu sterben,
Und wer einen Tod wie Ihr gestorben,
Der hat sich die Ehre wahrlich erworben.
Zust in dieser finsternen Zeit
Ist das ein Lichtstrahl. Er leuchte weit,
Weit in alle Lande hinein,
Ueber die Nordsee und über den Rhein.
Ihr wackeren Jahn, Ihr habt es gezeigt,
Wenn Deutschland auch beharrlich schweigt,
Es redet um 'schöner durch Taten.
Es hat noch Soldaten!

Und ob auch Tränen um Euch fließen,
Ihr habt uns zu heller Freude bewiesen,
Wie fest trotz 'er Spötertrüden
Die Wacht am Rheine noch steht.
Man weiß wirklich nicht, ob man sich mehr über der Püra zum Anlaß nimmt, den Militarismus zu verherrlichen oder über das Blatt, das seine Spalten für eine detactige F r i w a l t h e i t h e i t.

wurden Sonntag von einer kleinen, aber tapferen Genossenschaft aus den engen muffigen Gassen der inneren Stadt herausgeholt. Durch willkürliche Hölle, über finstere, halbschere Stiegen, bis in Bodenverklänge, wo niemand Menschenwohnungen vermutet, führte der Weg der unermüdlichen „Wähler“. So manch einer ist gestern das erste Mal von einem unserer „Pejer“ aufgesucht und als Leser gewonnen worden, und das trotz der vielen Kirchen, die dort im Wege stehen. Auch in den Höhlen, in die das Licht des Sozialismus nur selten und spärlich dringen kann, beginnt es zu dämmern. Niemals war die Zeit für uns so günstig wie jetzt. Wir wären Narren, wollten wir sie ungenutzt verstreichen lassen. Wir machen deshalb den Vorschlag, bis zu den Reichstagswahlen allmonatlich eine Agitation für die Presse und den Sozialdemokratischen Verein über die ganze Stadt vorzunehmen. Es wäre ein reichliches Stück Arbeit, die aber von unseren Genossen mit Freuden geleistet werden sollte, denn die Erfolge beweisen, wie dringend nötig sie ist. Nur so können wir auch die Gleichgültigen die mühsam und kaltlos ihre Wege gehen, für uns gewinnen. Ständige Arbeit allein bringt uns vorwärts und führt uns zum Ziele.

Der Milchverbrauch muß aufs äußerste eingeschränkt werden. Das ist dringend nötig, um den Milchproduzenten zu Leibe zu rücken. Säuglingsmilch kaufen die Frauen am besten und billigsten in einer der städtischen Milchbüchsen.

Die nächste Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau ist Donnerstag, den 28. September, im großen Saale des Generalkaufhauses. Die Genossen Th. Müller und Tige werden über die Verhandlungen des Parteitag in Jena berichten; außerdem ist die Pressekommission neu zu wählen. Der Vorstand erwartet, daß die Genossinnen und Genossen zahlreich erscheinen.

Die Leser der Bibliothek des sozialdemokratischen Vereins werden wiederholt eindringlich darauf hingewiesen, daß laut Bibliotheksordnung ohne Mitgliedsbuch Bücher wohl zurückgenommen, aber nicht ausgeliehen werden dürfen, es sei denn, daß das Mitgliedsbuch zum Abstempen eingeliefert ist. In diesem Falle muß aber die dafür ausgestellte Legitimationskarte unbedingt vorgelegt werden. Die Genossen werden ersucht, streng darauf zu achten.

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“. In dieser Woche werden die Versammlungen, in denen das Geschäftsergebnis 1910/11 besprochen wird, in folgenden Lokalen angehalten: Montag, den 25. September, im „Königsgrund“, Lohsestraße 45/47, Dienstag, den 26. September, in der „Poppenblüte“, Berlinstraße 70, Mittwoch, den 27. September, im „Kronprinz“, Westendstraße 50/52, Donnerstag, den 28. September, im Lokal von Fuhrmann, Deutsch-Dissa, Freitag, den 29. September, im „Feldschützen“, Weinstraße 53/55.

Beginn der Versammlungen abends 8 Uhr. Den Mitgliedern gehen noch besondere Einladungen zu. Wir bitten die Mitglieder dringend, mit ihren Angehörigen zu erscheinen. Freunde und Gönner des Vereins, die gewillt sind, dem Verein als Mitglied beizutreten, sind ebenfalls als Gäste herzlich willkommen.

Vom Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Die Petren Stadtrat Tignier und Assessor Dr. Fuchs und Drache sind vom Magistrat auf drei Jahre zu stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts gewählt worden.

Deutscher Schneiderverband (Billa Breslau). Für die Herren-Waß- und Uniformschneider wird morgen Dienstag eine sehr wichtige Branchenversammlung im Lokale Herrenstraße 19 abgehalten. Zahlreiche Erscheinungen ist unbedingt erforderlich. Die Ortsverwaltung.

Eine Schussmannaussage. Wie letzterzeit von uns berichtet wurde, hatte der Breslauer Sittenschutzmänn August Wörbe in einer Verhandlung am 14. September behauptet, eine Prostituierte von der Krullstraße, die er angeheiratet hatte, genau erkannt zu haben. Auf Antrag des Verteidigers wurde die Sache vertagt und heute vormittag das endliche Zeugnis des Schussmanns durch andere Zeugen zu ersetzen, daß das Gericht zur Freisprechung der Angeklagten kam. Der Anwalt hatte fünf Tage Gefängnis beantragt. Näherer Verhandlungsbericht folgt morgen.

Ein Kind aus dem Fenster gestürzt. Der fast fünfjährige Sohn des Uhrmachers Mayer, Alisenstraße 60, war am Sonnabend vormittags 10 1/2 Uhr, in der elterlichen Wohnung im 4. Stock für einen Augenblick allein gelassen worden; er benutzte ihn dazu, um aus dem Fenster zu klettern, es zu öffnen und hinauszugehen. Er hat sich dabei zu weit hinausgelehnt und ist in den Garten abgestürzt. Das Kind muß sofort tot gewesen sein, denn niemand hatte einen Laut vernommen. Herbeigerufene Samariter der Feuerwehr hatten ihre Hilfe nicht mehr anwenden können, da, wie ein Arzt feststellte, der Tod des Kindes bereits eingetreten war.

„Wasserkasse“, die in dem dringenden Verdacht steht, die Abtreibung der Leibesfrucht gewerbsmäßig betrieben zu haben, ist am Sonnabend verhaftet worden. Es kann allen Frauen nur immer wieder geraten werden, sich mit diesen „weisen“ Frauen nicht einzulassen, da sie stets mit bestraft werden.

Feuer im Paletostamm! Diese Meldung erging von zwei Feuerwehrgesellen zugleich in der Nacht zu Sonntag um 11 1/2 Uhr an die Hauptfeuerwache, und die Wehr eilte in voller Stärke an die Brandstätte. Im Hofe des Paletostammes schlugen allerdings Flammen hoch empor, und das hatte zu dem großen Alarm geführt; tatsächlich aber brannten dort nur Papierabfälle und sonstige Abfälle, die in einem kastenartigen Verschlag aufgestapelt lagen. Mit einem Schlauchgange dampfte die Wehr in kurzer Frist die Flammen, hatte aber mit dem Auseinanderreißen der brennenden Massen und dem völligen Löschen etwa eine Stunde lang zu tun. Die Entstehungsursache des Brandes ist bisher nicht ermittelt, dürfte aber auf das achtlos fortwerfen eines brennenden Streichholzes oder eines glimmenden Zigarettenstumpfes zurückzuführen sein.

Der Wehrführer, der letzterzeit in Morgenau nach einem Tanzvergnügen am 17. August seinen vermutlichen Nebenbuhler, den Steinsehler Fritz Wante mit dem Messer gestochen und so schwer verletzt hatte, daß Wante im Wenzel Handeichen Krankenhaus lange in Todesgefahr schwebte und erst am 11. September von dort als geheilt entlassen werden konnte, ist am Sonnabend festgenommen worden. Es ist der Schiffer Bruno Fluke. Er erklärte, daß er die Tat, die er im Trunke vollführt habe, aufs tiefste bedauert.

Ein Adressenbuch. In vielen Zeitungen pries ein angeblicher Adressfabrikant Friedrich Senst das Adressenbuch gegen gute Bezahlung an, verlangte aber von den Leuten, die sich meldeten, für das Adressenmaterial die vorjährige Einlösung von 5 Mk. Viele Leichtgläubige haben dem Antrag eingewilligt, mit dem der Annoncenverleger dann aus dem Orte verschwand, um von anderer Stelle aus den Schwindel von neuem zu betreiben. Es ist nun festgestellt worden, daß der Betrüger tatsächlich Friedrich Senst heißt, der zuletzt in Lissa gewohnt hat, kurzzeit aber unauffindbar ist.

Verhafteter Betrugschwindler. Der Kellner Walter Gramate, der seit geraumer Zeit den Betrugschwindler gewerbsmäßig betrieb und seine Opfer unerbittlich ausbeutet hat, ist endlich entlarvt und festgenommen worden. Er verstand es, den arglosen Frauenpersonen, die sich mit ihm einließen, die letzten Dargrohchen abzurufen. Wenn garnichts mehr zu haben war, löste er rücksichtslos seine Verhältnisse auf. Nicht solcher Betrugsfälle sind bisher bekannt geworden; doch ist es wahrscheinlich, daß noch weitere Personen durch ihn geschädelt worden sind. Es wird ihnen geraten, sich im Polizeipräsidium, Zimmer 50, zu melden.

Vermißt wird seit dem 1. Juni der 15 Jahre alte Fleischerlehrling Georg Katzda, dessen Eltern hier Gardestraße 11 wohnen.

Gefunden wurden ein Weder, eine Tellermütze, ein Strohhut, eine silberne Brosche, ein künstliches Gebiß, ein Hundeschlüssel, ein Herrenschirm und ein Entreeschlüssel. Zu erfragen im Hundebureau des Polizeipräsidiums.

Im Gewerkschaftshaus ist ein Gauabzeichen des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes gefunden worden. Es kann im Parteisekretariat abgeholt werden.

Stadt-Theater.
Montag: Carmen.
Dienstag: Mignon.
Mittwoch: Das Mädchen des Cremiten.
Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen.
Freitag: Der fliegende Holländer.
Sonnabend: Die lustigen Weiber von Windsor.
Freizeit-Theater.
Freitag: Julius Cäsar.
Sonnabend: Die Liebe höret nimmer auf.
Thalia-Theater.
Dienstag Gruppe A 1. Vorstellung: Zwei Wäpven.
Sonnabend Gruppe B 1. Vorstellung: Zwei Wäpven.
Schauspielhaus.
Montag: Das Musikantenmädchel.
Dienstag: Das Hirschenmädchel.
Mittwoch: Der Graf von Yugemburg.
Donnerstag: Das Fürstentum.
Freitag: Das Musikantenmädchel.
Sonnabend: Das Fürstentum.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Ein Schifffahrtsweg nach Oberschlesien. Das Projekt der Sorauer Handelskammer, betreffend Schaffung einer regelmäßigen Schifffahrtsverbindung von Hamburg, Siedlitz und Langfuß nach Breslau bis Oberschlesien ist jetzt den Staats- und Provinzialbehörden zur Bearbeitung zugegangen. Abgeschlossen wird, die Lausitzer Neiße durch Kanalisation und Schleusenbau schiffbar zu machen. Nach dem Vorschlag vertragen die Kosten zwei Millionen Mark. Die Regierungen der beteiligten Provinzen haben Beihilfen in Aussicht gestellt.

Posen, 25. September. Lohnbewegung. Die hiesigen Lithographen und Steindruckere beschloßen in einer vollständig beschriebenen Versammlung, die am 23. September tagt, einstimmig, in eine Bewegung zur Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten. Die Forderungen sind den Unternehmern bereits übermittelt worden.

Neueste Nachrichten.

Der Konflikt um Tripolis. (Siehe Ausland)

Paris, 25. September. Ein aus zwei Divisionen gebildetes Geschwader von italienischen Kriegsschiffen verließ gestern abend gegen 9 Uhr den Hafen Augusta Vosta bei Syrakus. Die erste Division umfaßt die Panzerkreuzer „Roma“, „Napoli“, „Albatros“ und „Vila“, die sämtlich eine Geschwindigkeit von 23 Knoten in der Stunde haben. Die zweite Division besteht aus den schon etwas älteren Panzerkreuzern „Garibaldi“, „Ferruccio“ und „Boreale“. Diese Schiffe besitzen eine Geschwindigkeit von 21 Knoten in der Stunde. Das Geschwader wird von zwei Geschwader Torpedobooten und Torpedobootszerstörern begleitet. Der Bestimmungsort dieser beiden Divisionen wird offiziell geheim gehalten. Man glaubt jedoch, daß die Schiffe heute früh auf der Höhe von Tripolis unter werfen werden. Eine Truppenlandung soll jedoch vorläufig noch nicht beabsichtigt sein.

Rom, 25. September. Gestern abend fand hier ein Meeting statt, an welchem über 15 000 Personen teilnahmen. Der Allgemeine Arbeiterverband stellte eine Tagesordnung auf, worin die Arbeiter ersucht werden, alle Mittel anzuwenden, um die beabsichtigte Besetzung von Tripolis zu verhindern. Unter großem Tumult wurde mit großer Mehrheit eine Tagesordnung angenommen, und eine Resolution gefaßt, die an alle Zweigvereine des geeinigten Königreiches verandt werden soll, in welcher das gesamte Proletariat ersucht wird, von heute ab die Arbeit niederzulegen. Der Generalkongress ist somit tatsächlich verhängt worden.

Paris, 23. September. Ein Telegramm des „Paris Journal“ aus Rom meldet, daß ein Mitglied des italienischen Kabinetts im Laufe einer Unterredung erklärt habe, es handele sich nicht um einen Angriff, sondern angesichts des Umstandes der jetzigen Lage, sowie in Anbetracht der Bewegung, die sich in der öffentlichen Meinung Italiens kundgibt, um Maßregeln, die die Regierung zu treffen sich gezwungen sehe, um sich nicht von Ereignissen überrollen zu lassen.

Rom, 25. September. Die Stimmung der Regierung zur Tripolisfrage gibt objektiv das Blatt „L'Espresso“, das Sprachrohr des Unterstaatssekretärs des Innern, wieder. Es sagt: Die Ueber einstimmung in den Regierungskreisen über die Notwendigkeit, das sich Italien in einer Stunde Tripolis sichere, in der Frankreich sich auch Marokkos bedingungslos sei vollkommen. Es wurden in der Tat mit der türkischen Regierung Unterhandlungen gepflogen über eine Formel, die die Aspiration Italiens und die Würde des ottomanischen Reiches vereinigen, keine Erniedrigung der Türkei, aber ein friedliches und herzliches Einverständnis über eine Abtretung von Rechten und Privilegien an Italien, das auch mit der Uebernahme des Protektorates über Tripolis unter der ausdrücklichen Anerkennung der türkischen Oberhoheit sich zu einer jährlich an die Pforte zu zahlenden Pachtsumme verpflichten wolle.

Paris, 25. September. „Matin“ schreibt heute: Wir haben also möglicherweise einem kriegerischen Konflikt zwischen Italien und der Türkei beizuwohnen. Nachrichten, die uns aus autoritativer Quelle zugegangen sind, belegen, daß mit dieser Eventualität gerechnet werden muß. Italien hat die Absicht, um seinen Rechten Anerkennung zu verleihen, eine Flottendemonstration in den tripolitaniischen Gewässern zu veranstalten und eventuell Truppen zu landen. Die Türkei hat hierauf allerdings der italienischen Regierung hierauf offiziell mitgeteilt, daß, wenn es sich Italien einfallen lassen sollte, italienische Kriegsschiffe nach Tripolis zu entsenden, die 50 000 Italiener, die sich in dem Sultanat niedergelassen, auszuweisen und den italienischen Handel zu konfiszieren, und dies werde unverzüglich geschehen.

wenn Italien seine drohende Haltung nicht sofort aufhebe. Italien habe daraufhin der Türkei mitteilen lassen, daß, wenn die Italiener, die sich in der Türkei niedergelassen haben und dort meist einen blühenden Handel treiben, ausgewiesen werden sollten, und wenn seitens oder unter dem Schutze der türkischen Regierung der italienische Handel in der Türkei boykottiert und unterbunden werden sollte, so würde Italien der Türkei unverzüglich den Krieg erklären. Nur eine Großmacht besitzt in dieser Zeit, in der der Bündnistoff zur Explosion geht, noch genügenden Einfluß, so schreibt das genannte Blatt am Schlusse seiner ausführlichen dem Frieden geneigten Überlegungen weiter, sowohl in Rom als auch in Konstantinopel, um ihre Vermittlung in wirksamer Weise anzuwenden. Diese Großmacht ist unstreitig Deutschland. Es ist unbestreitbar, daß die Interessen Deutschlands es erheischen, einen bewaffneten Konflikt zwischen zwei Mächten zu verhindern, die beide seine Freunde sind. Auch die übrigen Mächte haben ein berechtigtes Interesse daran, daß ein Krieg vermieden wird. Man hofft sowohl in Konstantinopel wie auch in Rom, daß es schließlich doch noch gelingen werde, den Frieden aufrechtzuerhalten.

Die Volksbewegungen in Italien.

Rom, 24. September. Die Handelskammern von Rom und Florenz haben beschlossen, sich der Expanionspolitik der Regierung nach Tripolis mit allen Mitteln zu widersetzen. Eine gleiche Stellung nehmen die Demokraten in Genua gegenüber dem geplanten Zuge der Regierung nach Tripolis ein. Auch die Republikaner Mailands resolvieren gegen das Abenteuer von Tripolis, wogegen die Einwohner von Palermo der Regierung günstig gestimmt scheinen.

Im allgemeinen sind Radikale und Republikaner Gegner der Abenteuer, die mittleren Provinzen Italiens neigen zur Regierung.

Die Blauen für die Schwarzen.

Düsseldorf, 23. September. (A. T.) Der „Deutschnationalen Wahlausschuß“ (das heißt, alles was sich um die Kandidatur Deutscher gruppiert) gibt für die Stichwahl die Parole aus, unbedingt gegen den Sozialdemokraten zu stimmen. Sonntag vormittag sprachen im Apollotheater Liebknecht und Faberland. Darauf legten Dr. Kreitscheld und Dr. Polthoff die Stichwahlparolen der Freisinnigen und Demokraten dar. Für das Zentrum sprachen am Montag in der Tonhalle die Abgeordneten Trimborn und Wiesberts.

Entgegen den in Berliner Blättern verbreiteten Meldungen über die nationalliberale Stichwahlparole auf Stimmenthaltung wird berichtet, daß die Liberale Vereinigung noch gar keine Stellung hierüber genommen hat. Der Hauptvorstand tritt erst am nächsten Mittwoch zusammen, um über die Stichwahlparole zu beraten. Es kann also noch Ueberprüfungen geben.

Düsseldorf, 24. September. Die Freisinnige Volkspartei ließ gestern erneut erklären, daß sie in der Stichwahl am 29. September dem sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen entschlossen sei.

Reichstagskandidat.

Treviso, 25. September. Die deutsch-soziale Partei stellte für den durch den Tod Liebermanns v. Sonnenberg freigewordenen Wahlkreis Frixlar-Siegenheim den Sekretär der deutsch-sozialen Partei Henningsen-Pamburg als Reichstagskandidaten auf.

Schiffszusammenstoß.

Brüffel, 25. September. Gestern fuhr der mit Zement beladene Kahn des Schiffers Morian auf der Schelde zwischen Boom und Antwerpen im dichten Nebel auf drei dicht nebeneinander verankerte Scheldeboote auf. Der Zusammenstoß war furchtbar. Der Schiffer konnte nach dem Zusammenstoß sein Fahrzeug noch rechtzeitig verlassen, ebenso seine Frau, die mit einem Säugling auf dem Arme auf eines der angerammten Fahrzeuge gesprungen war. Jetzt fiel dem Ehepaar jedoch ein, daß in dem sinkenden Kahne noch ein vierjähriges Söhnchen schlief. Beide kehrten unverzüglich nochmals in die Kajüte des schon halb mit Wasser gefüllten Schiffes zurück und erfaßten den Schläfer. Ehe sie nun aber das sinkende Fahrzeug verlassen konnten, sank der Kahn schnell und alle vier Personen ertranken. Später fand noch ein anderer durch den Zusammenstoß led gewordenen Kahn, bei dem man den Beschädigten garnicht beobachtet hatte und auf dem die Katastrophe vollständig unerwartet hereinbrach. Auf diesem Kahne befand sich eine aus acht Köpfen bestehende Kinderschar, mit den Eltern also zehn Mann. Alle zehn ertranken. Man hat noch keine der Leichen gefunden. Im ganzen hat also der verhängnisvolle Zusammenstoß vierzehn blühende Menschenleben vernichtet.

Mutig in den Tod gegangen.

Petersburg, 25. September. Der Vörder des russischen Ministerpräsidenten Stolypin, der Rechtsanwaltsgehilfe Wagnow wurde gestern nacht im Hofe des Kiemer Festungsgerichtes durch den Strang hingerichtet. Wagnow starb gefaßt und mit großer Ruhe.

Der neue Ministerpräsident.

Petersburg, 25. September. Die Ernennung des Finanzministers Kolozew zum Ministerpräsidenten unter Verlassung in seiner Stellung als Finanzminister wird jetzt amtlich veröffentlicht.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.
Montag, den 25. September:
Lithographen und Steindruckere. Versammlung im Zimmer 2.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.

Dienstag, den 26. September:
Maschinenebauer. Versammlung in der Saalküche.
Sindakare. Versammlung im Zimmer 1.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.
Mittag, Bezirksführer!
Die Abrechnung über den Monat September ist Montag, den 25. September, abends 8 Uhr, in den Distriktslokalen. Die Kontrollkarten und die unverkauften Beitragsmarken sind mitzubringen. Der Vorstand.

Aus der Geschäftswelt.

Schneidemühlener Pferde-Lotterie. In der Ziehung am 21. September sind folgende Gewinne gezogen worden: 15 000 Mark fielen auf Nummer 90 939, 10 000 Mk. auf Nummer 87 012 5000 Mk. auf Nummer 181 921 (ohne Gewähr) mitgeteilt von der Firma B. Klement in Breslau, Ring 22, Spezial-Lotterie und Bankgeschäft.

Die deutschen Arbeiterorganisationen in 1910.

Das amtliche „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht in seiner September-Nummer eine interessante Zusammenstellung über die deutschen Arbeiterorganisationen im Jahre 1910.

Was zunächst die freien Gewerkschaften anlangt, so ist zwar die Anzahl der Zentralverbände im Jahre 1910 zurückgegangen; sie beträgt jetzt nur noch 53 gegen 57 Ende 1909 und 60 Ende 1908.

Besonders zu erwähnen ist noch der Verband der Landarbeiter, der nach den Grundzügen der Gewerkschaften geleitet wird, aber der Generalkommission noch nicht angeschlossen ist.

Die christlichen Gewerkschaften hatten Ende 1910 einen Mitgliederbestand von 316.115, die in 4119 Ortsgruppen und 22 Verbänden organisiert waren.

Die deutschen Gewerksvereine (Kirchlicher Dunder) zählten 1910 122.571 Mitglieder, die in 2268 Ortsvereinen zusammengeschlossen waren.

An unabhängigen Vereinen zählt die Statistik 31 Organisationen mit 711.692 Mitgliedern. Hierzu gehören die Organisationen von Uhrmachergehilfen, Telegraphenarbeitern, Militärarbeitern, Kellnern, Portiers usw.

Eine weitere Gruppe bilden die gelben und vaterländischen Organisationen. Die vaterländischen Arbeitervereine hatten 1910 33.284 Mitglieder, die in 123 Vereinen zusammengeschlossen waren.

haben also drei Viertel der angeblichen Mitgliederzahl. Das Vermögen aller vaterländischen und gelben Arbeitervereine beträgt 765.000 Mark, die Einnahmen 889.000, die Ausgaben 746.000 Mark.

Schließlich gibt es noch die Gruppe der konfessionellen Arbeitervereine. Darunter sind 968 evangelische mit 159.990 und 3843 katholische mit 499.751 Angehörigen.

Das Reffeltreiben gegen die Arbeiterturnvereine.

Der Regierungsräsident in Merseburg zeichnet sich ebenso sehr durch seine Auslegung des Vereinsgesetzes, wie durch sein Vorgehen gegen die Arbeiterjugend und die Arbeitervereine aus.

„Insbesondere auch seine Zugehörigkeit zum Arbeiter-Turnerbund hat die Feststellung ergeben, daß der Turnverein „Frisch auf“ sich nicht auf das Turnen beschränkt, sondern daß er eine Pflanzstätte der sozialdemokratischen Partei und ihrer Bestrebungen ist und sich ihren Zwecken dienlich macht.“

Noch schroffer ging man gegen den Turnverein in Greppin, Kreis Wittenberg, vor. Der Verein war, in der Absicht, sich später vielleicht dem Arbeiter-Turnerbund anzuschließen, aus der deutschen Turnerschaft ausgeschieden.

Die Kallischmiegelder vor Gericht.

Die „Propagandagelder“, die das Kallischndikat an die unterirdischen Organisationen der deutschen Landwirtschaft, will sagen, des Junker- und Großbauernums zahl, liegen einer Privatklage vor Grund, die zur Zeit vor dem Schöffengericht in München zwischen dem Professor v. Soghlet und dem bekannten Agrarierhüpfing Rittergutsbesitzer, Reichsrat und Baron von Thüngen ausgedacht wird.

Der erste Tag des Prozesses Soghlet-Thüngen hat nicht viel Neues. Entschieden interessanter gestaltete sich der zweite Tag. Keine Rittergutsrat v. Freier-Daventade wieder-

holte den von den meisten agrarischen Zeugen gegen Professor v. Soghlet erhobenen Vorwurf, daß er im Düngerauschuß mit seiner Meinung über den zweiten Kallibetrag zurückgehalten habe und erst später mit seinen Angriffen hervorgetreten sei.

Ganz besonders interessant gestaltete sich im weiteren Verlauf der Verhandlungen die Vernehmung des bekannten Reichs- und Landtagsabgeordneten Dr. Heim, des nehmachtigen Eigenbrödlers und Vertreters kleinbäuerlicher Interessen im großagrarischem Zentrum.

Zeuge Landesökonomierat Rittergutsbesitzer Wibrand teilte einen angeblich scherzhaft gemeinten Witz mit, den ein vossiebegabter Agrarier auf Prof. v. Soghlet „gedichtet“ hat: „Halle liegt am Saalestrand, am Rhein liegt Oberweil, zum Bessermachen gehört Verstand, Raisonnieren kann jeder Feil.“

Aus Oberschlesien. Zentrumslügen.

Was uns bisher schon immer veranlaßte auf die Schreibern des „Oberschlesischen Kurier“ einzugehen, nämlich seine geradezu jesuitische Kunst in der Entstellung wahrer Tatsachen, soll heute durch Vorlegung des Sachverhalts von neuem erhärtet werden.

„Auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme zogen die Kläger (Vorstand und Kassensführer der Ortskrankenkasse Düsseldorf D. R.) auf Anraten des Gerichtsvorstehenden die Klage zurück und übernahmen die Kosten auch die außergerichtlichen, sowie ein Extrahonorar für den Verteidiger des Angeklagten.“

Wenn es dem „Kurier“, wie gesagt, nicht bloß aufs Verleumdende ankäme, dann hätte er sich selbst sagen können, daß derartige Unfug kein vernünftiger Mensch glaubt.

Ende Mai fand in Düsseldorf eine christliche Versammlung statt, in der der christliche Gewerkschaftsführer Roben, die in dem Kurier-Artikel angegebenen Behauptungen aufstellte.

Zeuge Paune: „Seit Anfang Juli d. J. bin ich bei der Kasse. In meinem Bewerbungsschreiben habe ich kein Gehl daraus gemacht, daß ich als früherer katholischer Lehrer der Zentrumspartei angehöre.“

Wir wollen nun hier gleich feststellen, daß der Kassensführer Roben gar nicht der sozialdemokratischen Partei angehört, und daß der Zeuge Paune als feinerziges Vorstandsmittelglied nach der Auflösung über das angebliche Marklo von 5000 Mark und 1700 Mark für den Kassensführer sehr warm sein sollte.

wurde, wo er dann später Untersuchungen verordnete und des- halb entlassen wurde.

Wir wollen nun feststellen, daß der Vorstehende Hil- frung und der Kassensführer Beyer entgegen dem Vor- standbeschlusse, für den Gesamtvorstand Klage zu erheben, nur persönlich gegen Klagen geltend haben. Im Laufe der Ver- handlung erklärte der Beklagte, daß er die beiden Klagen per- sönlich nicht gemeint habe, worauf Klärung seine Klage zurückzog. Es kam schließlich ein Vergleich zustande: Beyer gibt seine Klage zurück und Klagen gibt folgende Er- klärung ab: Ich, der Beklagte, erkläre, daß Herr Leh- ter sich an der bei der Kaffe betriebenen sozialdemokratischen Propaganda nicht beteiligt und eine solche auch nicht gebilligt hat. Die Gerichtsakten werden von den Privatklägern, und von Beyer 15 Mark der Rechtsanwaltskosten des Beklagten übernommen. Dies ist in Kürze der wahre Sachverhalt. Wo- hind da die sozialdemokratischen Mißbräuche? Sie spielen eben im Gehirn solcher Zentrumskritiker, die wahllos alle Zentrumsklagen als willkürliches Material für den Wahlkampf be- nutzen. Man bringt was einem gerade in den Kram paßt, un- terschiedlich aber die übrigen Klagen.

Uebrigens ist diese Angelegenheit keineswegs nun erledigt. Der Gesamtvorstand der Düsseldorf Ortskrankenkasse erließ in der „Düsseldorfer Wochenschrift“ eine Erklärung, die besagt, daß der Vorstand den abgelaufenen Vergleich nicht billigt und alle gesetzlich zulässigen Mittel anzuwenden werde, um eine wirkliche Klärung der Angelegenheit herbei- zuführen.

Zu dem von Fiset behandelten Fall eines angeblichen Miß- brauchs der Freiwirtschaftlichkeit der Arbeitervereine bei der Anstellung des Krankenbesuchers Klopffleisch enthält die Er- klärung folgendes:

„Das Protokoll der Anstellungskommission, deren Vor- sitzender Herr Fiset war, besagt darüber: Die Kommission beschließt einstimmig dem Vorstand Herrn Klopffleisch für die Besetzung der Krankenbesucherstelle beizustimmen.

Unterschiedet Kaufmann Fiset ufm.

Herr Fiset hat in der Plenarsitzung diesen Beschluß sehr warm betitelt und ihm zur einstimmigen Annahme verurtheilt. Man vergesse dies Protokoll mit der zugehörigen Erklärung des Herrn Fiset!

Von Mißwirtschaft in der Düsseldorf Ortskrankenkasse, die noch dem übereinstimmenden Urteil hervorragender Sachkenner mit zu den bestbehaltenen und bestausgebauten in ganz Deutsch- land gehört, kann nach all den gemachten Feststellungen keine Rede sein. Was in diesem oder jenem Falle dem Vorstand der Krankenkasse zu machen sein, daß er etwas strenger hätte vorgehen können, seine Nachsicht aber in beispiellose sozialdemokratische Mißwirtschaft, Protektions- und Güntlingswirtschaft umzulassen ist böswillige Verleumdung, bei der der Zweck das Mittel heiligen soll.

Das Zentrum hat gerade in Düsseldorf in Punkt Miß- wirtschaft alle Ursache sich an die eigene Brust zu schlagen, oder sollte davon dem „Kurier“ nichts bekannt sein? Weiß er nicht von dem Zusammenbruch der Düsseldorf Spar- und Schar- gesellschaft, jener Gründung, die den Namen führender Düsseldorf Zentrumsleute trug, und bei der im blindesten Ver- trauen auf den Klang dieser Namen, die kleinen Leute ihre Spargroschen hinterlegten, um dann, Ende 1908 erfahren zu müssen, daß sie weder Geld noch Zinsen bekommen können und die Gesellschaft liquidieren müsse? Dies kann dem „Kurier“ doch nicht unbekannt sein, gehörte doch dem damaligen Liquidationsausschuß auch der jetzige Reichstagskandidat des Zentrums, Bankdirektor Dr. Friedrich an. Vielleicht scheint manchem der Wähler diesmal bei der Abstimmung der Aussprüche jenes Zentrumsmannes in Erinnerung gekommen zu sein, der gelegentlich einer Versammlung in der Tonhalle fiel: „Daß wir Schafe gewesen sind, weil wir unter Geld der Düsseldorf Spar- gesellschaft getreten haben, steht nun einmal fest.“

Erinnert sei ferner an die Schlampe in den diversen von Zentrumsanhängern geleiteten Düsseldorf Zentrums- und Zentrumsvereinen mit jener endlosen Kette von Gesetzesverletzungen und Unterschlagungen. Oder an den Fall des Gemeindefreiwirtschafters Kreuter, eines kranken Zentrumsmannes, der 500 Mark, die einem armen Arbeiter vom Gericht zugesprochen waren einlag und unterschlug?

Auch die Zentrumsvereine glauben in dem Prozeß eine besondere Ausbeute gefunden zu haben. Dieser Tage wurde hier an alle freien Gewerkschaftler der „Regulator“ der ebenfalls einen diesbezüglichen Schwindelartikel enthält, angestellt. Wenn man glaubt, dadurch Profiteure machen zu können, so ist dies freilich vergebliche Mühe. Diese christlichen Gewerkschaftler möch- ten wir einmal an ihre „leuren“ Düsseldorf Schmerzenskinder, den christlichen Konsumverein „Selbsthilfe“ erinnern. Hat man da verfallen, daß man, um nicht den Wan- derer annehmen zu müssen, den Lieferanten der „Selbsthilfe“ zu- nutzte, die Hälfte ihrer Forderungen in den Schornstein zu schreiben? Hat denn die Öffentlichkeit bis heute schon über- haupt mal wieder eine Abrechnung gesehen?

Doch genug hiervon. Diese kleine Blütentese zeigt, daß das Zentrum selbst soviel Dreck am Stecken hat, daß es besser täte, erst in seinen eigenen Reihen Reueur zu schaffen, an- statt sich als Hüter von Sitte und Moral aufzuspielen. Wenn dem „Kurier“ beliebt, werden wir bitten und auf jeden Dred- wurf mit einer saftigen moralischen Ohrfeige antworten.

Appeln, 25. September. Eine schon in Verwesung übergegangene Leiche eines neugeborenen Kindes männ- liche, Geschlechts wurde beim Ausräumen der Düngergrube auf dem dem Maurermeister Rühler gehörigen Grundstück am Don- nerstag nachmittags von Arbeitern aufgefunden. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das kleine Wesen gleich nach der Geburt gestorben hat und dann erst erdrosselt oder ersticht worden ist.

Wenthe, 25. September. Ein pflichtver- essener Hüter der Ordnung. Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich der frühere Polizeiergeant Ehrhard aus Kaitowitz wegen Mißverhaltens zu verantworten. Ehr- hard, der jetzt in Straßburg wohnt, hatte im November v. J. eine Prostituierte in Schutzhaft genommen und war im Nacht- lokal mit ihr in Beziehungen getreten. Zwei Tage nach dem Vorfall hatte er auf Grund eines Parteibefehls ein anderes Sitten- mädchen festgenommen, die von ihrer Kollegin informiert worden war, und nun mit Enthüllungen drohte. Dadurch eingeschüch- tert ließ er sie laufen. Er wurde zu einem Jahr Gefäng- nis verurteilt.

Kaitowitz, 25. September. Hausungung bei einem Pfarzer. Bei dem bekannten Vorkämpfer, Pfarzer Orgewicz aus Slesina, fand voracellern eine Hausungung statt. Orgewicz hat vor kurzer Zeit eine längere Festungshaft verbüßt und bald darauf im „Lech“ einen Artikel veröffentlicht, in welchem die Festungsbehörde zu Glas schwer angegriffen wird. Wegen dieses Artikels ist gegen den Verfasser Strafantrag gestellt worden.

Bahrze, 25. September. Zu Tode gepuffert. Auf Krugschacht geriet der Wagenschieber Profekti aus Zabrze- Sied zwischen zwei Eisenbahnwagen und wurde auf der Stelle getötet. Hinterläßt eine Frau mit acht Kindern.

Gleititz, 25. September. Eine Revolution im Bierlokal. Ein interessanter Termin stand vor der hiesigen Strafkammer zur Verhandlung. Der Sachverhalt war ungefähr folgender: Am späten Abend des 1. April kam der Bierkutscher R. der Stobelschen Brauerei von seiner Tour zurück und begab sich in das von einem Vertreter genannter Brauerei geleitete Schanklokal, um dort der im Arbeitsvertrag vorgesehenen Ver- einbarung gemäß seine ihm zustehenden Biermarken in Empfang zu nehmen. Der Vertreter, Herr Reisch, verweigerte die Marken, auf deren Aushändigung R. bestand, weil sie einen Teil des Lohnes darstellten. Im Verlaufe des Streits kam Herr Reisch hinter dem Schanklokal hervor und mochte R. mit Gewalt aus dem dicht besetzten Lokal drängen. Die zahlreichen An- wesenden ergriffen für R. Partei und es entspann sich eine

Prügel, die die von Herrn Reisch herbeigeholte Wache erhielt und das Lokal räumte. Die aus dem Lokal gedrängte Menge, die immer neuen Zug erhielt, sammelte sich von neuem auf dem Germaniaplatz, jedoch auch hier die Polizei Nähe hatte, den großen Platz zu räumen. Auf Grund dieser Vorgänge er- folgten gegen eine Anzahl der Beteiligten, Anklagen wegen ruhe- störendem Lärm, Nichtbefolgung politischer Anordnungen, Bedrohung und gegen den oben genannten R. und einen Kassen- boten R. außerdem wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch. Das Schöffengericht sprach einem der Angeklagten frei, die anderen wurden zu kleinen Geldstrafen verurteilt. R. und R. wegen Hausfriedensbruch zu je einer Woche Gefängnis. Die letztgenannten legten Berufung ein und so wurde der Fall erneut vor der Strafkammer verhandelt. Nach Verlesung der vor dem Schöffengericht gemachten Zeugenaussagen, die zum Teil im entlastenden Sinne lauteten, wurde allseitig auf eine aber- malige Zeugenvernehmung verzichtet. Nach kurzem Plädooyer der Herren Rechtsanwälte Lichtenstein-Jabrze und Willmann- Gleititz ließ das Gericht die Anklage auf gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch fallen und erkannte, da gegen die Angeklagten wegen einfachen Hausfriedensbruch keine Strafanträge vorlagen, auf Freisprechung.

Laurahütte, 23. September. Es wird gebremst. Vor einiger Zeit wurden von verschiedenen Blättern Angaben über Gemeinverteilung und Betriebsvergrößerung der vereinigten Königs- und Laurahütte gemacht, zu denen der „Nat. Ztg.“ ge- meldet wird, daß der Tag der Bilanzziehung bisher noch nicht feststeht. Auch über den Dividendenvorschlag ist noch kein fest- stehender Beschluß gefaßt; dies umso weniger, als der General- direktor der Laurahütte, Geheimrat Dilger, zurzeit von Berlin abwesend ist. Die bezüglich der Betriebsvergrößerung in der Presse gemachte Meldung über den Bau eines neuen Blechwalz- werks auf der Laurahütte, bezieht gleichfalls größtenteils auf Kombinationen. Es handelt sich um nichts anderes, als daß ein Biechwerk im Laufe der Jahre reparaturbedürftig geworden ist, und daß sich der Aufsichtsrat naturgemäß darüber schlüssig machen muß, ob er das alte Werk reparieren oder einen Neubau vor- nehmen wird. Ein Beschluß darüber ist noch nicht gefaßt, und vor allem handelt es sich selbst im Falle des Neubaus nicht um eine Ausdehnung der Anlagen der Gesellschaft, wie man nach den bisherigen Meldungen offenbar annehmen sollte. Man scheint alle Ursache zu haben, Dilgers Expansionsgelüste zu bremsen.

Laurahütte, 25. September. Durch Spielen mit Streichhölzern ist am Mittwoch ein schreckliches Unglück in der Familie des Arbeiters Kolodziej auf der Wandastraße verursacht worden. Während der Abwesenheit der Mutter er- griff ein Kind ein Streichholz, zündete es an und warf es auf die Kleider des fünfjährigen Schwesterchens. Im Moment standen die Kleider der Kleinen in hellen Flammen. Auf das Geschrei der Kinder eilten Nachbarn herbei und ertrachen ge- waltiam die Tür. Das Kind hatte aber schon so schwere Brand- wunden erlitten, daß es am nächsten Tage unter entsetzlichen Schmerzen starb.

Briefkasten

Warmbrunn, S. 6. 200. Was verstehen Sie unter „besseren“ Zeitungen? Geben Sie uns das erst an.

Reichsbande. Ja, Sie brauchen einen Paß. Wenden Sie sich an die Polizeiverwaltung.

N. F., Schankstraße. Vom Arbeitsekretariat in Ham- burg 1, Bienenbühlhof 57.

Nr. 44. 1. Da Sie eine Unfallrente von 25 Prozent er- halten, können Sie nicht abgefunden werden. Nur bei Renten bis 15 Prozent sind Kapitalabfindungen zulässig. 2. Es genügt eine Legitimation.

N. 100, Sträßel. Das Gut kann nicht ohne weiteres die Miete im voraus fordern, nachdem sie jahrelang nachher ge- zahlt worden ist. Die Frau soll versuchen, sich in Güte aus- einanderzusetzen.

JASMATZI CIGARETTEN
N^o 3, 4, 5.
Preis: 3 4 5 Pfg. p. Stück

ELMAS

erweitern den Kreis der
Qualitäts-Raucher
in ungeahnter Weise!

Stadt-Theater.
Montag, 7 1/2 Uhr:
„Carmen“.
Dienstag, 7 1/2 Uhr:
„Riguan“.
Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
5178
„Das Mädchen des Eremiten“.

Lobe-Theater.
Montag, 7 1/2 Uhr:
Mit vollständig neuer Ausstattung:
„Julius Caesar“.
Dienstag, 7 1/2 Uhr:
Mit vollständig neuer Ausstattung:
„Hans von Carnheim“.
Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
5177
Mit vollständig neuer Ausstattung:
„Julius Caesar“.

Thalia-Theater
Dienstag, 7 1/2 Uhr:
Gruppe A, 1. Vorstellung:
„Zwei Wäppler“.
Eosabend, 7 1/2 Uhr:
Gruppe B, 1. Vorstellung: 5178
„Zwei Wäppler“.
Billetverkauf am Tage der Vorstellung
von 10-2 Uhr im Stadt-Theater und an
der Kasse.

Schauspielhaus
Montag, 8 Uhr:
„Das Ruffianenmädchen“.
Dienstag, 8 Uhr:
„Das Fürstentum“.
Mittwoch, 8 Uhr:
5179
„Der Graf von Saganburg“.

Liebig's Etablissement
Am 2. und 3. Oktober: 5174
Harry Walden
mit seiner neuen Schöner:
„Der Bretzelschneider“
Vollständiger Kassen- und
Kochbuch.
Montag, 7 1/2 Uhr:
Im Garten: Das Sommerfest.

Viktoria-Theater
Neues Programm.
„Das verrückte Hotel“
Kaiserliche Kasse.
La Bont, Lichtspiele
Max Marzelli
etc. etc. 5175
Mit Anfang 8 Uhr. 5175
Dienstag 8 Uhr.

Zeitgarten
Das 5172
Phänomenale
Eröffnungs-
Programm!
11
Attraktionen.
Entree 20 Pfg.

Palmengarten.
Täglich
2 brillante
Kapellen.
Damen - Prompter
5173
Camburika - Kapelle.
Entree frei.
Pfänder-Auktion
Schiffamt Beckstraße 47, 1.
Beratung: Sie selbst! 5172

Jüngerer Mechaniker
für Nähmaschinen-Reparaturen,
welcher selbständig arbeiten kann
und mit Schönig-Rundschiffchen-
Maschine genau vertraut ist, sowie
möglichst Erfahrung in Spezial-
maschinen hat, per sofort oder
später gesucht. Nur schriftliche
Offerten mit Angabe des Alters,
bisheriger Tätigkeit und Lohn-
forderung an 5187

Jul. Dressler & Co.,
Nähmaschinen-Gaublung,
Breslau, Ring 6.

Kommun-Verein Gross-Räbchen
C. G. n. r. O.
in der Nieder-Saafis.
Die haben für jetzt eine tüchtige,
erfahrene 5188
erde Verkäuferin
für einen oder zwei Monate, Kolonial-
und Einnahme. Nur schriftliche
Angebote mit Gehaltsansprüchen
unter Angabe des Wohnortes
umgehend abgeben. Beleg mit beigefügt.
Der Vorstand.

Stamm - Seidel
Verlags-Seidel,
Seidel zu Festgeschenken.
Grosse Auswahl von
Bleistiften 4268
empfehlen
Otto Miksch,
Kupferstraße 47.

Eduard Bernstein:
Die
Natur u. die Wirkungen
der kapitalistischen
Wirtschaftsordnung.
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht

Pelz-Modehaus

„Zum Pfau“

Reuschestrasse 65

Eröffnung

Montag, den 25. September

Beachten Sie mein Schaufenster

Richard Welzel

Kürschner-
Meister.

Wahlkreis Waldenburg

Eier gratis!

Vom 25. bis 30. September gebe ich auf
je 1 Mandel Eier ein Ei gratis zu 5171
und offeriere:
Grosse frische Eier zu 0.95 u. 1.00 Mk.
Butter-Centrale
Waldenburg, 5171
Friedrichstraße 42. Altkampt,
Charlottenbrunnstrasse 2.

Oskar Juliusburger

Gottesberg

Landeshuterstrasse.
:: Destillation ::
Zigarrenhandlung
: Bierausschank :
Glas 10 Pf.